

# LIBERALE PERSPEKTIVEN

ZEITSCHRIFT FÜR GESELLSCHAFT UND MODERNE

02 4,90 EURO

DEZ 2022



# INHALT 02 | 2022

EDITORIAL **03**

LIBERALISMUS KOLUMNE **13**

BEITRAG DES LHG **26**

BUCHREZENSION **34**

VORGESTELLT **37**

IMPRESSUM **39**

VLA - ANTRAG AUF  
MITGLIEDSCHAFT **40**

## ESSAY

ZURÜCK ZU DEN **04**  
EMANZIPATORISCHEN WURZELN  
*von Clemens Schneider*

STREITERIN FÜR FRAUENRECHTE, **10**  
SOLIDE FINANZEN UND  
INTEGRATION  
*von Ewald Grothe*

WANDEL BRAUCHT HANDELN **24**  
*von Alina Piddubna und  
Johannes Brill*

DIE JUNGE GENERATION HAT **28**  
ES SELBST IN DER HAND  
*von Anna Neumann*

## INTERVIEW

FÜR FEMALE EMPOWERMENT **07**  
– WELTWEIT  
*mit Bettina Sollinger  
von Calvin Löw*

WIR ALLE MÜSSEN **16**  
WACHSAM SEIN  
*mit Karoline Preisler  
von Alexander Bagus*

## AKTUELL

ZWISCHEN WAHLEN IN DEN USA: **21**  
TRUMP IST KEIN TRUMPF MEHR  
*von Simon Schütz*

RENTE AB 70 - PRO **30**  
*von Alexander Kobuss*

RENTE AB 70 - CONTRA **32**  
*von Celine Eberhardt*



# GUTE POLITIK BRAUCHT MUTIGE FRAUEN!

## DAS EMPOWERMENT-PROGRAMM DER FRIEDRICH-NAUMANN-STIFTUNG FÜR DIE FREIHEIT

Gute Politik braucht mutige Frauen! Weibliche Perspektiven brauchen mehr Sichtbarkeit und die Leistungen von Frauen mehr Anerkennung. Das Empowerment-Programm der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit unterstützt politisch und gesellschaftlich engagierte Frauen, die die liberalen Werte teilen und sich weiterentwickeln wollen. Erlebe ein breites Spektrum an politischen Kompetenzen, Wissen, Skills Training, Mentoring und Networking.

Mehr unter:  
[freiheit.org/empowerment](https://freiheit.org/empowerment)



**Dr. Maren Jasper-Winter,**  
Mitglied des Vorstandes der  
Friedrich-Naumann-Stiftung  
für die Freiheit

### PRÄSES

Liebe Leserinnen und Leser,

das Jahr 2022 neigt sich dem Ende. „Endlich!“, will man – einmal mehr – rufen. Vom Corona- in den Kriegsmodus haben wir quasi ohne Pause gewechselt und das Wörtchen von der Krise scheinen wir seit 2015 nicht mehr loszuwerden: Migration, Klima, Corona, Krieg, Energie. Bereits jetzt zeichnet sich ab, dass uns all diese Themen weiter in 2023 (und wahrscheinlich darüber hinaus) begleiten werden. Die Migration über das Mittelmeer und die Balkanrouten nimmt wieder zu. Die Wintermonate könnten sehr, sehr mild werden. Die neueste Mutation des Coronavirus trägt den Namen „Cerberus“ (zu dt. „Höllenhund“). Der Krieg in der Ukraine wird wahrscheinlich kurz- bis mittelfristig nicht enden. Ob die Gas- und Strompreislage uns aus der Energiekrise führen werden, ist absolut offen.

Es liegt in 2023 an unseren Spitzenpolitikern, aus dem Krisenmodus heraus zu wechseln und mittel- bis langfristigen Strategien für die verschiedenen Herausforderungen nicht nur zu entwickeln, sondern der Bevölkerung zu vermitteln. Das wird nicht immer populär sein und muss es auch gar nicht. Mit Walter Scheel gesprochen: „Es kann nicht die Aufgabe eines Politikers sein, die öffentliche Meinung abzuklopfen und dann das Populäre zu tun. Aufgabe des Politikers ist es, das Richtige zu tun und es populär zu machen.“

Dass das nicht vergnügungssteuerpflichtig ist, versteht sich von selbst. Doch dafür erhalten die Abgeordneten auch entsprechende Diäten, welche Ihnen eine Unabhängigkeit gewährleisten soll. Parallel sollten Presseorgane, egal ob audiovisuell, visuell oder klassisch gedruckt, die Staatsgewalten kritisch begleiten und Chance zur kritischen Reflexion nicht nur bieten, sondern diese Reflexion auch einfordern.

Als Staatsbürger und politischer Verband wollen wir im kommenden Jahr weiter an diesem Prozess nicht nur selbst teilhaben, sondern auch Plattform dafür sein, egal ob es um Freiheitsbewegungen in der Welt, Klima und Umwelt, Wissenschaft oder auch Digitalisierung geht. Mehr dazu finden Sie in den kommenden Monaten auf [www.liberales-akademiker.de](http://www.liberales-akademiker.de) oder auf Instagram unter [@liberales\\_akademiker](https://www.instagram.com/liberales_akademiker).

Ihr Alexander Bagus, Präses

### REDAKTION

Liebe Leserinnen und Leser,

in so bewegten Zeiten, wie unseren, in denen eine Schreckensnachricht die nächste jagt und sich die Ereignisse buchstäblich überschlagen, stellt sich für uns als kleine ehrenamtliche Redaktion die Frage: welche Themen können wir besetzen, die aktuell, aber zum Erscheinungsdatum der Liberalen Perspektiven nicht bereits wieder überholt sind? Welchen Mehrwert können wir mit unserem Magazin bieten, den Ihnen andere Medien nicht viel schneller und umfangreicher bereitstellen? Unsere Antwort finden wir für jedes Heft neu. Dieses Mal haben wir uns vorgenommen, Ihnen neue Gedanken zu „alten“ Themen mitzugeben und Sie dazu zu animieren, ganz eindeutig erscheinende Positionen durch frische Argumente zu reflektieren.

Wie stehe ich zu Emanzipation, wie zu Feminismus? Kann ich als Liberale eigentlich Feministin sein oder sollte ich es sogar? Des Weiteren porträtieren Liselotte Funcke, die sich schon sehr früh für Integration einsetzte und Gleichstellung (nicht nur zwischen Mann und Frau) als zentralen Aufgabe unserer modernen westlichen Gesellschaft sah.

Wie blicke ich auf unser Rentensystem? Ist meine Sichtweise noch aktuell? Welche Fragen treibt die junge Generation um, wie sehen sie das Thema Generationengerechtigkeit?

Eine junge erfolgreiche Publizistin beschreibt ihren ganz eigenen Weg zur Selbsterkenntnis, dass Vorurteile oft tiefer sitzen, als man wahrhaben möchte, und auch überzeugte Liberale nicht frei von Beeinflussung sind. Wir wünschen Ihnen eine anregende Lektüre über die Feiertage und eine besinnliche Weihnachtszeit im Kreise der Liebsten. Zwischenmenschliche Beziehungen und kleine Momente der Freude zu (er)leben ist in diesen unsicheren und streckenweise beängstigenden Zeiten wichtiger denn je.

Ihre Redaktion  
Ann Sophie Löhde  
Simon Schütz



# ZURÜCK ZU DEN EMANZIPATORISCHEN WURZELN

von Clemens Schneider

Der Liberalismus ist ursprünglich ein linkes Projekt. Erst als im Laufe des 19. Jahrhunderts der Sozialismus in der marxistischen Prägung mit den anarchischen Traditionen der Linken radikal brach und den kollektivistischen absoluten Staat forderte, brach das linke Lager entzwei. Ursprünglich hatten sich auf der linken Seite des Parlaments, in der Reithalle der Tuilerien in Paris oder in der Frankfurter Paulskirche, jene Kräfte zusammengefunden, die überkommene Ordnungen hinterfragten und auf die spontane Verbesserungsfähigkeit des Menschen vertrauten.

Das Vertrauen in das Individuum war von jeher der entscheidende Motor menschlicher Entwicklung gewesen. „Aller Fortschritt der Menschheit vollzog sich stets in der Weise, dass eine kleine Minderheit von den Ideen und Gebräuchen der Mehrheit abzuweichen begann, bis schließlich ihr Beispiel die anderen zur Übernahme der Neuerung bewog“, schreibt Ludwig von Mises in seinem 1927 erschienenen Buch „Liberalismus“.

Das war schon am Anfang der Hominisation so: Um aus dem Zustand des reinen Überlebenskampfes herauszuwachsen, brauchte es Menschen, die sich getraut haben, mit ihren Nachbarn in Handelsaustausch einzutreten. Der Geist der Avantgarde hat seit je Menschen angetrieben aus dem Vorgegebenen ausubrechen: Die Richterin Debora, die im 12. Jahrhundert vor Christus die Geschicke des Volkes Israel lenkte. Die „Frauen von Salerno“, die im Mittelalter als Ärztinnen

praktizierten, die junge Greifswalder Bürgertochter Sibylla Schwarz, die 1638 mit siebzehn Jahren starb und mehrere hundert, von der Nachwelt gefeierte Gedichte hinterließ, Jane Marcet, deren Einführungswerke zu Chemie, Botanik und Volkswirtschaftslehre zu den am häufigsten verwendeten Lehrbüchern des 19. Jahrhunderts gehörten.

Auf dem Hintergrund dieser Erfahrung konnte sich Stück für Stück die Idee der Emanzipation herausbilden, wie wir sie in der Neuzeit kennen. Die Anschauungsbeispiele zeigten, dass jenseits der vertrauten Welt, die man einordnen, begreifen und besitzen konnte, nicht etwa Chaos und Untergang lauern, sondern ganz neue Chancen, ungeahnte Möglichkeiten, unsere Existenz reicher, schöner, beglückender zu machen. Die Avantgardisten wurden nicht mehr von allen als

***Die Avantgardisten wurden nicht mehr von allen als bedrohliche und zerstörerische Kräfte wahrgenommen, sondern zunehmend als die mutigen Entdeckerinnen, die der Welt ganz neue Räume zugänglich machten.***

bedrohliche und zerstörerische Kräfte wahrgenommen, sondern zunehmend als die mutigen Entdeckerinnen, die der Welt ganz neue Räume zugänglich machten.

Wenn das Individuum eine solche Kraft aus sich selbst heraus besitzt, dann verlieren natürlich die bindenden Kräfte von Hierarchie, Ordnung und Kollektiv

zunehmend ihre Legitimität. Denn schließlich stehen diese Konzepte der Entfaltung des Individuums im Weg. Diese Einschränkung ist aber keineswegs nur bedauerlich für die einzelne Person. Vielmehr verlieren alle Glieder der Gesellschaft. Unternehmerische Gelegenheiten, wissenschaftliche Entdeckungen, kultu-

relle Bereicherungen, technologische Fortschritte sind angewiesen auf Individuen und deren Abenteuerlust. Wären Marie Curie, Maria Montessori und Coco Chanel nicht aus den Konventionen ihrer Welt ausgebrochen, wäre die Welt in vielerlei Hinsicht ärmer.

Emanzipation war ursprünglich ein Akt der Gewährung von Rechten gewesen; ein Gnadenakt von oben herab, der dem Gewährenden stets die letzte Kontrolle darüber überließ, wie weit er die Leine loslässt – oder ob er sie gar wieder einholt. In dem Maße, in dem wir als Gesellschaften lernten, dass das Unkontrollierte – man könnte auch sagen: das Anarchische – uns allen mehr nutzt als das durch Macht und Herrschaft Geordnete, begriffen wir auch immer mehr, dass Emanzipation ein grundlegendes Prinzip menschlichen Zusammenlebens sein müsse. Wir wurden bereit für die Idee, dass man Emanzipation nicht gewährt, sondern erkämpft: dass Freiheit von unten kommt und nicht von oben. Hier liegen die Ursprünge des Liberalismus: im Widerstand gegen Autoritäten sowie die bestehenden Verhältnisse und in der Bereitschaft zum, bisweilen

***Hier liegen die Ursprünge des Liberalismus: im Widerstand gegen Autoritäten sowie die bestehenden Verhältnisse und in der Bereitschaft zum, bisweilen sogar Lust am Abenteuer; in der Entdeckung der unerschöpflichen Kräfte von Spontanität, Individualismus und Vielfalt.***

sogar Lust am Abenteuer; in der Entdeckung der unerschöpflichen Kräfte von Spontanität, Individualismus und Vielfalt.

Schon die frühen Vorkämpferinnen von Frauenrechten wie Mercy Otis Warren, Olympe de Gouges, Mary Wollstonecraft und Harriet Taylor haben großen Wert darauf gelegt, sich ihre Selbstständigkeit nicht als Recht aus der huldvollen Hand der Männer gewähren zu lassen. Sie setzten auf Bildung und Selbstbewusstsein als Quelle ihrer Freiheit. Und sie waren bereit, sich mit diesem

Rüstzeug ihren Platz zu erkämpfen. Ähnlich dachten auch die frühen Feministinnen hierzulande, die sich durch Publikationen und Vereine bemühten, Frauen möglichst leicht Zugang zu Bildung zu verschaffen.

Louise Otto (später Otto-Peters), eine führende Figur der deutschsprachigen Frauenbewegung im 19. Jahrhundert schrieb in der ersten Ausgabe der „Frauen-Zeitung“ am 21. April 1849: „Wohlauf denn, meine Schwestern, vereint Euch mit mir, damit wir nicht zurückbleiben, wo alles um uns und neben uns vor-



wärtsdrängt und kämpft. Wir wollen auch unser Teil fordern und verdienen an der großen Welt-Erlösung, welche der ganzen Menschheit, deren eine Hälfte wir sind, endlich werden muß.

Wir wollen unser Teil fordern: das Recht, das Rein-Menschliche in uns in freier Entwicklung aller unserer Kräfte auszubilden, und das Recht der Mündigkeit und Selbständigkeit im Staat.

Wir wollen unser Teil verdienen: Wir wollen unsere Kräfte anbieten, das Werk der Welt-Erlösung zu fördern, zunächst dadurch, daß wir den großen Gedanken der Zukunft: Freiheit und Humanität (was im Grunde zwei gleichbedeutende Worte sind) auszubreiten suchen in allen Kreisen, welche uns zugänglich sind, in den weiteren des größeren Lebens durch die Presse, in den engeren der Familie durch Beispiel, Belehrung und Erziehung.“

Als selbstbewusste Individuen zum Fortschritt der Menschheit, der „Welt-Erlösung“, beizutragen, war die Vision, die diese Frauen be-

seelte. Das ist Emanzipation, das ist Liberalismus! Leider folgte die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts mit all seinen zweifelhaften bis katastrophalen ideologischen Verwerfungen. Der Marxismus kaperte die Linke und pervertierte sie in einen Hort des Kollektivismus und Etatismus. Besitzstandwahrende Kulturprotektionisten reinigten jedes spontane und anarchische Element aus ihrem „Liberalismus“ und packten dann noch das „National-“ davor. Und das emanzipatorische Erbe verstaubte unbeachtet oder wurde von politischen Gruppierungen reklamiert, zu deren Ideen-DNA es eigentlich nicht passt.

Die Liberalen haben sich seit 150 Jahren zu großen Teilen die verschiedenen Wellen der Emanzipationsbewegungen entfleuchen lassen. Natürlich war man selten dagegen, einzelnen Gruppen mehr Rechte und Freiheiten zuzugestehen. Aber man stand nicht an der Spitze der Bewegung, weder intellektuell noch politisch. Das überließ man Sozialdemokraten, Grünen und anderen politischen Mitwettbewerbern.

Ein Liberalismus, der die eigenen Prinzipien ernstnimmt, muss genau an dieser Stelle wieder ansetzen. Vorgeschriebene Frauenquoten, Cancel Culture, Punkteabzug für ungegenderte Texte und ähnliche Projekte sind sicherlich keine freiheitlichen Ansätze. Aber noch

fataler ist es, wenn wir uns von diesen Irrwegen den Konservativen in die Arme jagen lassen. Wenn wir uns, aufgeschreckt von der Wucht linker Identitätspolitik, geradewegs denen in die Arme treiben lassen, welche die freie Entwicklung des Individuums noch viel mehr hemmen wollen; die gar kein Interesse an einer Verbesserung haben, weil ihr geistiges Zuhause in einer imaginierten Vergangenheit liegt, die ganz ihrer Kontrolle unterworfen ist.

Ein Liberalismus, der wieder attraktiv sein will, mehr zu bieten hat als Besitzstandswahrung und vor allem auch Leute dazu motivieren kann, sich mit Leidenschaft für ihn einzusetzen, muss sich wieder auf seine linken Wurzeln besinnen. Der klassische Liberalismus des frühen 19. Jahrhunderts war ein zutiefst emanzipatorisches und anarchisches Projekt voller Liebe zum kreativen Individuum. Das Desiderat, das Friedrich August von Hayek schon 1960 in seinem Aufsatz „Warum ich kein Konservativer bin“ formulierte, sollte auch in unseren

Ohren mahndend klingen:

„In einer Welt, in der es, wie schon zu Beginn des 19. Jahrhunderts, das wichtigste ist, den spontanen Entwicklungsprozess von den Hindernissen und Erschwernissen, die die menschliche Torheit aufgerichtet hat, zu befreien, müssen seine [der Liberalen] Hoffnungen darauf beruhen, dass er jene, die ihrer Veranlagung nach ‚Fortschrittliche‘ sind, überzeugen und ihre Unterstützung gewinnen kann und, auch wenn sie jetzt die Änderungen vielleicht in der falschen Richtung suchen, zumindest gewillt sind, das Bestehende kritisch zu untersuchen und wenn nötig zu ändern.“



**Clemens Schneider** ist Direktor von Prometheus – Das Freiheitsinstitut, das er 2015 mitbegründet hat. Der studierte katholische Theologe ist darüber hinaus ehrenamtlich engagiert, unter anderem im Leitungsteam von NOUS – Netzwerk für Ordnungsökonomik und Sozialphilosophie und im Vorstand der Initiative Queer Nations.

# FÜR FEMALE EMPOWERMENT – WELTWEIT

*Interview mit Bettina Sollinger geführt von Calvin Löw*



**Bettina Solinger ist Diplom Psychologin und hat ihren Abschluss 1992 an der Universität Konstanz und in Darmstadt gemacht. Ihr Fokus lag dabei auf der Arbeits-, Betriebs- und Organisationspsychologie. Sie ist seit 1998 bei der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit und verbrachte dabei einige Jahre in Asien und Südamerika. Seit 2012 ist sie die Direktorin der Internationalen Akademie für Führungskräfte in Gummersbach.**

Liberaler Führungskräfte: Made in Gummersbach.

Seit fast 30 Jahren gibt es Internationale Akademie für Führungskräfte der Friedrich-Naumann-Stiftung. Für die Liberale Perspektiven sprach Calvin Löw mit Bettina Sollinger, der Leiterin der Akademie über ihre Aufgabe, Female Empowerment und wie befreiend reine Frauenseminare für die Teilnehmerinnen sein können.

**Calvin Löw (CL): Liebe Frau Solinger, wollen Sie sich zuerst kurz selbst vorstellen?**

*Bettina Solinger (BS):* Aber natürlich... wer bin ich? Momentan bin ich die Leiterin des Referats Internationaler Austausch und Fortbildung der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit und leite damit auch die Internationale Akademie für Führungskräfte, kurz IAF. Diese Position habe ich seit 2012 inne, die Akademie gibt es in Gummersbach aber schon seit 1995. Von Hause aus bin ich Diplompsychologin mit dem Schwerpunkt Arbeits- und Organisationspsychologie.

**CL: Was genau ist die IAF?**

*BS:* Die IAF ist Teil der Auslandsarbeit der Stiftung und wir verstehen uns als Dienstleister für unsere internationalen Projekte. Wir bieten ein- und zweiwöchige Seminare sowie Trainings für Führungs- und Nachwuchsführungskräfte aus dem internationalen Partnerspektrums unserer Auslandsbüros an. Bei den Themen richten wir uns an den Wünschen und Anregungen

unserer Projekte und Partner aus. Wichtig ist uns dabei das, was mit dem englischen Wort „cross-pollination“ gut beschrieben werden kann. Wir geben Input – halten aber keinen Frontalunterricht, sondern befördern einen intensiven Austausch, in dem die Teilnehmer und Teilnehmerinnen ihr Wissen und ihre Erfahrungen miteinander teilen und sich dabei auch selbst weiterentwickeln. Neben unseren Seminaren sind wir außerdem auch für die Organisation und Durchführung von Delegationsreisen zuständig. Dabei kommen Fachleute aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft aus einem Land oder einer Region und suchen hauptsächlich den Austausch mit Expertinnen und Experten in Deutschland.

**CL: Die Ziele der IAF lassen sich damit gut als Networking, Wissenstransfer und Stärkung des internationalen Liberalismus zusammenfassen?**

*BS:* Richtig! In vielen Teilen der Welt ist es nicht einfach, liberale Werte zu vertreten. Da haben wir in Deutschland sicherlich ein einfacheres Umfeld. Natürlich ist diese Arbeit kein Selbstzweck. Eine Reihe von „IAF Alumni“ waren oder sind mittlerweile in politischen Positionen, in denen sie Einfluss auf die Verhältnisse in ihren Ländern nehmen können, sei es als Bürgermeister oder Ministerin. Die Stärkung des Liberalismus und seiner Werte weltweit ist nicht nur für die Friedrich-Naumann-Stiftung wichtig, sondern auch gut für die internationale Zusammenarbeit Deutschlands.



**CL: Was verwundert die Teilnehmer am meisten an Deutschland? Gibt es den ein oder anderen Kulturschock?**

*BS:* Viele haben die Vorstellung von Deutschland als hochentwickeltes, modernes und organisiertes Land, in dem alles perfekt ist. Wenn sie dann hier sind, kommt der Zug zu spät, das Internet schwankt und viele Dokumente müssen in Papier abgegeben werden. Das führt dann schon mal zu einiger Verwunderung oder Belustigung.

**CL: In dieser Ausgabe der Liberalen Perspektiven geht es unter anderem auch um den liberalen Feminismus. Welche Erfahrungen haben sie dabei bei Seminaren und auf Delegationsreisen gemacht? Sind Trends zu beobachten?**

*BS:* Also, es ist zwar sehr subjektiv, aber über die letzten zehn Jahren konnte ich schon beobachten, dass mehr Frauen teilnehmen und diese auch selbstbewusster auftreten. Das liegt zum Teil an den Bemühungen unserer Auslandsprojekte, Frauen zu fördern, aber in einigen Gesellschaften ist sicherlich auch das Verständnis gewachsen, dass Frauen eine wichtige Stimme in der Gesellschaft haben und haben sollten. Auch deshalb haben wir in diesem Jahr zum ersten Mal ein Seminar nur für weibliche Führungskräfte veranstaltet.

**CL: Haben sie Unterschiede zwischen dem „Frauen Seminar“ und gemischten Seminaren beobachten können?**

*BS:* Interessant war für mich, dass in gemischten Seminaren die Diskussion über Frauen in der Politik sich

oft eindimensional um „Quoten“ dreht. Starke liberale Frauen sind dabei oft gegen die Quote; sie möchten anerkannt wissen, dass sie aufgrund von Können da sind, wo sie heute sind, und nicht auf Grund ihres Geschlechts. In unserem Female Empowerment Seminar wurden neben den systemischen Widerständen, auch spontan selbst erlebte Herabwürdigungen und zuweilen sogar Gewalterfahrungen im politischen Bereich



thematisiert. Obwohl es für manche Teilnehmerinnen sicherlich befreiend war, zu hören, dass sie mit solchen Erfahrungen nicht allein sind, war das Ganze aber keine Gruppentherapie. Es war eine offene Diskussion darüber, wie Frauen, die sich in Führungspositionen befinden oder solche anstreben, ihre Situation und die der nächsten Generationen verbessern können. Diese Erfahrungen werden in gemischten Seminaren weniger offen besprochen – vielleicht auch, weil die Teilnehmerinnen nicht als Opfer gesehen werden wollen.

**CL: Denken Sie, dass die Seminare für viele Teilnehmerinnen auch eine Befreiung von ihrem alltäglichen Leben sind?**

*BS:* Absolut! Und das trifft auf männliche und weibliche Teilnehmer zu. Für manche ist es sehr befreiend, sich der sozialen Kontrolle zu entziehen, die sie in ihren Heimatländern stark einschränkt: Sie werden im Laufe des Seminars immer offener, hinterfragen Traditionen und vergleichen die Situation in ihren Gesellschaften kritisch mit denen der anderen Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Dann kann es auch mal sein, dass ein Glas Wein, oder das Ablegen des Kopftuchs hier in der Akademie zur Option wird. What happens at IAF, stays at IAF!

**CL: Vielen Dank für das Interview!**



**Calvin Löw** studiert Politikwissenschaft und Ethnologie in Frankfurt. Er ist seit langem in der LHG aktiv, interessiert sich für Außen- und Sicherheitspolitik. Er arbeitet für einen lokale FDP-Politiker, ist Vorsitzender der Frankfurter Ortsgruppe des Bundesverbandes Sicherheitspolitik an Hochschulen und Mitglied des FDP-Bundesfachausschusses für Internationale Politik sowie Programmmanager für die FNF.





# STREITERIN FÜR FRAUENRECHTE, SOLIDE FINANZEN UND INTEGRATION

*Ein Porträt über Liselotte Funcke.*

Wenn über eine Politikerin wie Liselotte Funcke etwas zu schreiben ist, dann geht das selbstverständlich nicht, ohne ein Wort über die generelle Rolle von Frauen in der Politik zu verlieren. Sie habe gespürt, schrieb die fast 90-Jährige in ihren Erinnerungen, „wie der Eintritt von Frauen in die traditionell männlich beherrschten Bereiche die Männer verunsicherte“. Liselotte Funcke hat trotz dieser bewusst wahrgenommenen Problemlage ihren Schritt in die Politik mutig und konsequent vollzogen und war dabei überdies sehr erfolgreich.

Beim Blick in ihre Biographie lässt sich feststellen, dass ihr manche Prägung in die Wiege gelegt war und sich manches Talent von früher Jugend an zeigte und fortentwickeln konnte. Als viertes von fünf Kindern eines Hagener Fabrikanten kam sie 1918 zur Welt. Die ersten Lebensjahre in der krisengeschüttelten Weimarer Republik mit Revolution, Krieg, Inflation und Ruhrbesetzung erlebte sie als turbulent und dennoch auch glücklich. Der große Garten, sportliche Betätigung und Kunstinteresse prägten ihre Kinderjahre. Der Nationalsozialismus beeindruckte sie zwar, aber insbesondere die Haltung der Eltern führte auch bei ihr zu zunehmender Skepsis. 1937 machte Sie ihr Abitur und wechselte zum Studium an die Wirtschaftshochschule nach Berlin in

„die große Welt“. Trotz gewisser Vorbehalte trat sie im September 1938 in die NSDAP ein. 1941 legte sie ihr Diplom als „Kaufmann“ ab. Ihr Interesse für Politik, Wirtschaft und Finanzen war früh spürbar. Der Bezug zur praktischen Arbeit und zur finanziellen Selbstständigkeit blieb wichtig für sie.

So arbeitete sie in einer Radiofabrik, bei den Bayerischen Motorenwerken (BMW) in München und zeitweise auch als Straßenbahnschaffnerin. Während ihrer ersten beruflichen Anstellung bei einem Wirtschaftsprüfer in Wuppertal erfuhr sie früh, dass man Frauen

einen solchen Beruf damals einfach nicht zutraute. Das Kriegsende mit den Bombardements von Wuppertal und Hagen erlebte sie hautnah; ihr Elternhaus wurde im März 1945 zerstört; im April zogen amerikanische Besatzungstruppen in Hagen ein. Es folgten Monate des Bangens um die an der Front verbliebenen Angehörigen und vor Ort eine „Orgie von Raub und Gewalt“ durch die

entlassenen und zum Teil Plünderungen verübenden Kriegsgefangenen und Fremdarbeiter.

Funcke arbeitete seit Ende 1944 als Abteilungsleiterin im Familienunternehmen Funcke & Hueck. Das liberale politische Engagement des Vaters hatte sie als Jugendliche wahrgenommen; 1946 trat sie mit ihm gemeinsam in die FDP in Hagen ein. Vor Ort war Willi

Weyer die prägende Figur der Liberalen – als Landesvorsitzender und Landespolitiker sollte er sie landespolitisch lebenslang begleiten. Sie selbst wurde schon Ende der 1940er Jahre in den NRW-Landesvorstand gewählt, dem sie bis 1981 angehörte. 1950 zog sie als eine von wenigen Frauen und von dem eigentlich hoffnungslosen Listenplatz 23 aus überraschend in den nordrhein-westfälischen Landtag ein. Hier brachte sie sich in die leidenschaftliche Debatte um die Gemeinschaftsschule ein. Aber auch der Lehrermangel, die Schulraumnot und die Koedukation waren Anliegen, die sie mit Engagement verfolgte. 1956 unterstützte sie den von den sogenannten „Jungtürken“ Walter Scheel, Weyer und Wolfgang Döring vorangetriebenen Koalitionswechsel zur SPD.

Fünf Jahre später, 1961, kandidierte Liselotte Funcke bei den Bundestagswahlen und zog in den Deutschen Bundestag ein. Hier bewährte sich ihre berufliche Erfahrung als Wirtschaftsprüferin, indem sie Mitglied im Finanzausschuss wurde, dem sie 18 Jahre lang angehörte und davon sieben den Vorsitz führte. Wichtige Steuergesetze wie diejenigen über Mehrwert-, Einkommens-, Gewerbe- oder Erbschaftssteuer wurden unter ihrer professionellen Leitung beraten und beschlossen. Als persönlicher Referent stand ihr in den 1970er Jahren der spätere FDP-Bundesschatzmeister Hermann-Otto Solms zur Seite.

Das Jahr 1969 war in der Geschichte der Bundesrepublik eine Zäsur und auch für Liselotte Funcke ein wichtiger Einschnitt. Mit der Wahl von Walter Scheel zum Außenminister und Vizekanzler löste sie ihn an seinem Posten als Vizepräsident(in) des Deutschen Bundestages ab. Sie behielt diesen Posten für ein Jahrzehnt und arbeitete fünf Jahre lang eng mit der ersten weiblichen



Bundestagspräsidentin Annemarie Renger von der SPD zusammen.

Nicht nur politisch bedeutete 1969 einen Wechsel, auch beruflich. Denn die Firma Funcke & Hueck wurde an einen Konkurrenten verkauft, sodass Liselotte Funcke ihre Position als Prokuristin einbüßte. Nun erst – fast zwanzig Jahre nach ihrem Beginn als Landtagsabgeordnete – wurde Politik zu ihrem Haupt- und Brotberuf.

Nicht nur im Bundestag, sondern auch in der Partei strebte Funcke nach oben. Seit 1968 saß sie neben

Walter Scheel, Hans-Dietrich Genscher und Wolfgang Mischnick im Bundespräsidium der FDP, dem sie bis 1982, zuletzt sieben Jahre als stellvertretende Bundesvorsitzende, angehörte.

Neben der Politik muss das gesellschaftliche Tätigkeitsfeld von Funcke in der evangelischen Kirche noch erwähnt werden. Christlich erzogen, spielte kirchliches Engagement für sie lebenslang eine Rolle. Seit 1953 saß sie im politischen Ausschuss der Evangelischen Landeskirche von Westfalen, seit 1971 war sie Mitglied der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland. Zu den wichtigsten Fragen im kirchlich-ethischen Bereich gehörte die Reform des §218 des Strafgesetzbuches, bei der sich Funcke für die sogenannte Fristenregelung einsetzte. 1974 wirkte sie beim Kirchenpapier der FDP „Freie Kirche im freien Staat“ mit, das eine deutlichere Trennung zwischen Kirche und Staat vorsah.

Schließlich ist Funckes Engagement in Fragen der Gleichberechtigung der Geschlechter, der sogenannten „Frauenpolitik“ zu erwähnen. Sie wurde zu einer Zeit Abgeordnete im Deutschen Bundestag, in der weniger als 10 % der Abgeordneten weiblich waren. Auch an sogenannten Frauenthemen wie Soziales und Familie mangelte es nicht, für die man weibliche Abgeordnete für prädestiniert hielt. Doch Finanzfragen, die Funcke interessierten, zählten eigentlich nicht dazu. Ihre deutliche Kritik, dass im Bundesverfassungsgericht sieben Männer und nur eine Frau über die Reform des § 218 entschieden, löste ein großes Presseecho aus. Aber es ging auch um Fragen, die heute nur noch Verwunderung auslösen: Das Tragen eines Hosenanzugs im Bundestag oder die Anrede „Frau“ statt „Fräulein“ für unverheiratete Frauen. Gleichstellung war für Funcke auch immer ein Thema der gesellschaftlichen Gerechtigkeit.

1979 schied Funcke als Abgeordnete aus dem Deutschen Bundestag aus, denn sie wurde von ihrem Landesverband in Nordrhein-Westfalen gewissermaßen angefordert. Weil sich die Umfrageergebnisse mit 3-4 % für die FDP im Keller befanden, die Fraktion zerstritten und der Landesvorsitzende und Wirtschaftsminister Horst-Ludwig Riemer gesundheitlich angeschlagen war, wurde Funcke vom Bundesparteivorsitzenden Hans-Dietrich Genscher gebeten, den Ministerposten in Düsseldorf zu übernehmen. Mit gerade einmal 7 ½ Monaten von Mitte November 1979 bis Anfang Juni 1980 blieb es für Funcke allerdings ein relativ kurzes

Gastspiel als Ministerin für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr, weil die FDP 1980 den erneuten Einzug in den Landtag verpasste.

Mit Fragen der gesellschaftlichen Gerechtigkeit hängt auch Liselotte Funckes Engagement in ihrem letzten wichtigen politischen Amt zusammen. Von 1981 bis 1991 arbeitete sie als erste Beauftragte der Bundesregierung für die Integration der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen. Für ihren unermüdlichen Einsatz erhielt sie später den Ehrennamen einer „Mutter der Türken“ verliehen. Doch die Resonanz ihrer vielfältigen Aktivitäten war für sie eine herbe Enttäuschung. In ihren Erinnerungen schrieb sie, dass Bundeskanzler Helmut Kohl keines ihrer 16 Schreiben an ihn beantwortet und auch nicht für ein Gespräch zur Verfügung gestanden habe. Dabei waren auch damals – lange vor der sogenannten Flüchtlingskrise – die Probleme der Migration und Integration bekannt und wurden von Funcke klar benannt. Mit einem öffentlichen Kündigungsschreiben erregte sie zumindest das Interesse der Medien.

Auch in den rund zwei Jahrzehnten des politischen Ruhestands nach 1991 blieb Funcke umtriebig, kümmerte sich um die Geschichte ihrer Heimatregion und weiterhin auch um kirchliche Belange und Gleichstellungsfragen. Mit ihrem großen und mutigen politischen und sozialen Engagement hat sich Liselotte Funcke, die 2012 im Alter von 94 Jahren starb, über die Parteigrenzen hinaus Achtung und Anerkennung erworben.



**Ewald Grothe** ist Historiker und Hochschullehrer. Seit 2009 ist er außerplanmäßiger Professor an der Bergischen Universität Wuppertal. Seit 2011 leitet er das Archiv des Liberalismus der Friedrich-Nau-mann-Stiftung für die Freiheit in Gummersbach.



**A**ufgrund des Aussehens habe ich Kim nicht zgetraut, dass Kim gute Texte schreiben kann – und wurde eines Besseren belehrt. Ich, die von sich glaubte eine klassisch Liberale zu sein, habe mich von reflexartigen Hassreaktionen mitreißen lassen.

Eine Person, die ein transparentes violettes Langarmshirt, darüber einen neongrünen Flusenteppich, einen smaragdfarbenen langen Glitzerrock, eine dicke Goldkette, Schnurrbart und roten Lippenstift trägt, betritt die Bühne. Kim ist nonbinär, fühlt sich also weder dem weiblichen noch dem männlichen Geschlecht zugehörig. Ausgezeichnet mit dem Deutschen Buchpreis für den Roman „Blutbuch“, betont Kim de l’Horizon in der Dankesrede: „Dieser Preis ist nicht nur für mich“, rasiert sich aus Solidarität mit den Frauen im Iran den Kopf, stimmt spontan ein Lied an, dankt unter Tränen der eigenen Mutter und bezeichnet den Preis als „ein Zeichen gegen den Hass und für die Liebe“.

Das wirkte vorhersehbar und verabscheuenswert – auf viele Menschen in der Republik, die ihrem Unmut auf Twitter Dampf machten. Kim de l’Horizon habe nur gewonnen, weil Kim als nichtbinäre schrille Person die LGBTQ-Gemeinschaft vertrete, und der Deutsche Buchpreis wolle sich mit eben dieser „Agenda“ profilieren.

Das wirkte vorhersehbar und verabscheuenswert – auf viele Menschen in der Republik, die ihrem Unmut auf Twitter Dampf machten. Kim de l’Horizon habe nur gewonnen, weil Kim als nichtbinäre schrille Person die LGBTQ-Gemeinschaft vertrete, und der Deutsche Buchpreis wolle sich mit eben dieser „Agenda“ profilieren.

*im wörtlichen Sinne und wirkte. Das wirkte vorhersehbar und verabscheuenswert – auf viele Menschen in der Republik, die ihrem Unmut auf Twitter Dampf machten. Kim de l’Horizon habe nur gewonnen, weil Kim als nichtbinäre schrille Person die LGBTQ-Gemeinschaft vertrete, und der Deutsche Buchpreis wolle sich mit eben dieser „Agenda“ profilieren.*

Auch ich lasse normalerweise keine Gelegenheit aus, linke kollektivistische und freiheitsfeindliche Ausdrücke einschlägiger Autoren und Institutionen mit harten Worten zu kommentieren. Also suchte ich reflexartig nach der Leseprobe des Romans „Blutbuch“, in der Hoffnung eine Passage zu finden, über die ich mich öffentlich lustig machen kann, um mich bei meinen Followern beliebt zu machen, die mich für meine bissigen Kommentare abfeiern.

Die Erzählfigur in „Blutbuch“ identifiziert sich weder als Mann noch als Frau. Anstelle des Wortes „man“ schreibt de l’Horizon konsequent „mensch“ und gendert mit

Sternchen. Und obwohl mich derartige Vergewaltigungen der deutschen Sprache normalerweise massiv irritieren, habe ich weitergelesen – bis die Leseprobe zu Ende war und ich wissen wollte, wie es weiter geht. Doch gar nicht so schlecht, fesselnder intimer Erzählstil – keinen Tweet wert.

Zwei Tage nach Erhalt des Buchpreises schreibt Kim de

l’Horizon in der NZZ einen Essay an den Schweizer Politiker Ueli Maurer, welcher anlässlich seiner Rücktrittserklärung aus dem Schweizer Bundesrat gesagt hatte, ihm sei egal, ob auf ihn ein Mann oder eine Frau folge, „solange es kein ‚Es‘ ist, geht es ja noch“. Kim habe diese



Aussage verletzt, schreibt er in der NZZ. Er fühle sich geschlagen. Was er verkörpert wurde geschlagen. Kim schreibt:

„Ich möchte durch diese Wunden sprechen, aber nicht als ein «Wir». Denn ich spreche nicht für «die» trans\* und nonbinären Menschen. Es gibt keine Gender-Ideologie, keine Queer-Propaganda, kein Netzwerk von sich verschwörenden Einhörnern, die die Weltmacht erlangen wollen. Es gibt Menschen wie mich, die vor allem in loser Community zueinanderhalten, weil wir angefeindet, geschlagen und getötet werden. [...] Ich stehe nicht für eine politische Partei oder eine euch auslöschende Macht. Ich stehe nicht für die Menschen, die sagen, dass alte weisse Männer der Kern allen Übels sind. Nein, denn Frauen wie Alice Schwarzer oder Joanne K. Rowling bekämpfen ja auch Körper wie den meinen. Ich – stehe – für – mich. Und kann es sein, dass genau das so bedrohlich ist? Dass hier ein Mensch steht, der nicht hineinpasst, der, obwohl er ständig herumgeschubst wird, wieder hinsteht, dem gesagt wird, er sei peinlich, hässlich, monströs, ausserirdisch, und der sich dennoch nicht versteckt, sondern für sich, für seine Monstrosität einsteht?“ – Kim de l'Horizon: «Lieber John Unbekannt, lieber Ueli Maurer, ihr habt mich geschlagen. Aber ich vergebe euch.» NZZ Online vom 19.10.2022



Damit hat der Autor mich eiskalt erwischt. Kim, den ich stellvertretend für kollektivistische Neu-Linke gesehen habe, ist der Individualist persönlich. Damit ist er liberaler als ich, denn ich habe ihn vorverurteilt. Ich habe ihm aufgrund seines Aussehens nicht zugetraut, dass er gute Texte schreiben kann – und wurde eines Besseren belehrt. Ich, die von sich glaubte, eine klassisch Liberale zu sein, habe mich von den reflexartigen Hassreaktionen mitreißen lassen.

Und ich verabscheue alle „Woken“ dafür, dass ich ihn in diese dumme Schublade gesteckt habe. Doch in Wahr-

heit verfluche ich mich selbst dafür. Es ist allein meine Schuld. Völlig entgegen meinem liberalen Selbstbild, war ich gedanklich nicht weniger unterkomplex unterwegs als die, denen ich eben jenes immer vorwerfe. Es ist naheliegend, dass er nur gewonnen hat, weil der Buchpreis sich als LGBTQ-freundlich profilieren möchte. Und noch naheliegender sollte es sein, dass er gewonnen hat, weil er verdammt gut schreiben kann.

Was könnte liberaler sein, als der Wunsch danach, so auszusehen und so leben zu wollen, wie man möchte

und wie man sich fühlt? Wir zeigen uns solidarisch mit den Menschen im Iran, die vom islamischen Unrechtsregime zum Kopftuch gezwungen werden, wo Homosexuelle nach dort geltendem Recht zum Tode verurteilt und ausgepeitscht werden. Und verdrehen hier die Augen, wenn jemand zu bunt und queer aussieht, weil wir ihn politisch im „feindlichen“ Lager verorten.

#### Geschlecht und Geschlecht

Meine reflexartige Abneigung gegen Kim de l'Horizon

erkläre ich mir durch das illiberale Auftreten von Mitgliedern und Sympathisanten der Trans-Gemeinschaft, die das biologische Geschlecht völlig abstreiten. Dies ist eine nicht faktenbasierte Leugnung von biologischen Tatsachen. Gerne wird dazu mit dem Begriff „toxische Männlichkeit“ hantiert, womit alles vermeintlich Männliche als gewaltvoll, übergriffig und schlecht abgewertet wird. Durch Logik wird hier nicht bestochen. Auf der einen Seite ein binäres Geschlechtssystem leugnen, und auf der anderen Seite etwas wie „toxische Männlichkeit“ empfinden – was denn nun?

Gibt es nur zwei Geschlechter, männlich und weiblich, oder ist Geschlecht ein Spektrum? Für diese Debatte lohnt es sich zwischen dem biologischen Geschlecht („sex“) und dem sozialen Geschlecht („gender“) zu unterscheiden. Es gibt nur zwei biologische Geschlechter. Und es gibt intersexuelle Menschen, die bei der Geburt durch veränderte Geschlechtschromosomen oder genetisch bedingte hormonelle Entwicklungsstörungen von der biologischen Geschlechtsnorm abweichen. Die Intersexualität gehört zu den „Störungen der Geschlechtsentwicklung“. Seit Dezember 2018 kann im Standesamt als Geschlecht „divers“ eingetragen werden.

**Unter dem sozialen Geschlecht versteht man die Geschlechtsrolle und -identität in Beziehung zur Kultur und gesellschaftlichen Prägungen. Wie eine Person ihr eigenes Geschlecht erfährt und empfindet, ist eine persönliche und intime Erfahrung, die sich nicht in ein binäres System einordnen lässt.**

Lasst uns gerne über Geschlechterrollen und über Männlichkeit diskutieren. Aber bitte auf der Grundlage, dass es nur zwei biologische Geschlechter (mit Intersexuell als Ausnahme) gibt und, dass Männlichkeit nicht per se toxisch ist.

„Männlichkeit ist toxisch, bis dein Land verteidigt werden muss.“ Diesen Satz habe ich anlässlich des Überfalles der russischen Streitkräfte auf die Ukraine getweetet. Männlichkeit ist nicht toxisch, Männlichkeit ist notwendig für unser Fortbestehen. Männlichkeit bedeutet Aggression und potenzielle Gewalt. Aggression bringt uns zu Höchstleistungen und führt eben nicht unweigerlich zu Gewalt – ein weit verbreiteter Irrglaube. Jeder, der schon einmal bis an die äußerste Belastungsgrenze körperlich trainiert hat, weiß, was dieses Gefühl für eine positive Kraft freisetzen kann. Das Potenzial, Gewalt anzuwenden, schreckt bedrohliche und feindli-

che Kräfte ab. Die Schwachen werden durch die Starken beschützt. Selbstverständlich dürfen auch nicht männliche Personen aggressiv sein und eher männliche Attribute besitzen. Gerade wenn es um so etwas wie Gehaltsverhandlungen geht, schadet es Frauen sicher nicht, hier und da selbstbewusster und aggressiver vorzugehen.

An den Konzepten von Männlichkeit und Weiblichkeit ist nichts verwerflich. Darüber zu diskutieren, bedeutet nicht, dass wir uns als biologische Frau automatisch in einer gewissen Geschlechterrolle finden müssen, weil wir sonst nicht „richtig“ sind. Gleichzeitig gibt es nun mal geschlechtsspezifische körperliche und charakterliche Unterschiede, die nicht nur auf die Erziehung oder frühkindliche Erfahrungen zurückzuführen sind. Mädchen verhalten sich anders als Jungen und das ist bereits kurz nach der Geburt zu beobachten. Darüber hinaus lese ich immer nur von Frauen als Opfern von zu engen Rollenbildern und gesellschaftlichen Zwängen. Doch bekommen Mädchen bessere Noten als Jungen und haben bessere Schulabschlüsse. Etwa 95% der Inhaftierten in Deutschland sind Männer. Rund 75% der Suizide werden von Männern begangen. In gefährlichen Berufen arbeiten fast ausschließlich Männer. Und in jeder Parfümwerbung sieht man die perfekt gestählten Bauchmuskeln. Wenn es also um Diskriminierungen geht, dann bitte nicht nur an Frauen in Führungspositionen denken.

Danke Kim de l'Horizon, dass du mir den Spiegel vorgehalten hast. Danke, dass du mein Feindbild so brutal erschüttert hast. Danke, dass du deine Geschichte für uns alle aufgeschrieben und mich mit deinen Worten tief berührt hast. Danke, dass ich durch dich den Kern meines liberalen Selbstbildes neu gefunden habe. Danke für deinen unerschütterlichen Individualismus.



Sophia Kissling fand durch Twitter zum Liberalismus, wo sie das politische Geschehen kommentiert (@sophiamariaka). Nach ihrer Ausbildung zur Mediengestalterin absolvierte sie den Bachelor in Militärgeschichte an der Universität Potsdam und arbeitete während des Studiums als Infografikerin für BILD und Social Media Redakteurin für WELT. Seit 2022 ist sie mit ihrem Podcast „MAMA HALBLANG!“ selbstständig.

# „WIR ALLE MÜSSEN WACHSAM SEIN“

Interview mit Karoline Preisler über Vereinnahmungen, die Verletzlichkeit der Demokratie und der Bedeutung der Kommunikation miteinander.



**Karoline Preisler, geboren 1971 in Ost-Berlin, erlebte die Bürgerrechtsbewegung in Berlin, engagierte sich in der Opposition und arbeitete bis 1991 beim Bund ev. Kirchen in der DDR. Sie studierte von 1997 bis 2002 Rechtswissenschaft an der Universität Potsdam und ist Mitglied der FDP. Die Volljuristin und Lehrbeauftragte ist seit 2018 Vorsitzende der Arno-Esch-Stiftung in Mecklenburg-Vorpommern.**

Erasmus von Rotterdam, Dietrich Bonhoeffer und Arno Esch haben eines gemeinsam: Rechtspopulisten und Rechtsradikalen versuchen, diese Namen zu vereinnahmen, sie für ihre „Sache“ umzuinterpretieren. Das geschieht mal mehr, mal weniger medienwirksam. So muss der Name des Humanisten Erasmus von Rotterdam der AfD als Träger ihrer parteinahen Stiftung dienen und Esch – ein mutiger Student, der 1951 in Moskau sein Leben ließ, weil ihm Freiheit ein besonderes Gut war – muss erdulden, dass die AfD in Rostock ihm huldigt. Werke über Widerstandskämpfer gegen den Nationalsozialismus, wie Bonhoeffer, werden aus berufener evangelikaler Feder für ein ganz eigenes, selten liberales Publikum geschrieben. Wir sprachen über dieses Phänomen mit der liberalen Bürgerrechtlerin Karoline Preisler, die auch der Arno-Esch-Stiftung vorsitzt.

**Liberales Perspektiven (LP):** Als Sie mitbekamen, dass die Rostocker AfD zum Todestag von Arno Esch 2016 einen Kranz niederlegte, was war Ihre erste Reaktion?

**Karoline Preisler (KP):** Es überraschte mich nicht, aber es empörte. Leider empören sich viel zu wenig Menschen über solche Vereinnahmung. Drei Jahre zuvor hatten NPD und andere Rechte am 9. November – am geschichtsträchtigsten Tag überhaupt – eine rassistische Demonstration in Friedland (Mecklenburg-Vorpommern) angemeldet und durchgeführt. An einem Tag, der von demokratischen Deutschen Demut verlangt, wollten die Rechtsextremisten gegen Geflüchtete mobil machen. Es gelang ihnen damals nicht. Es gelingt ihnen auch bei Arno Esch nicht. Außerdem sind so eine Mobilmachung und Kranzniederlegung durch Rechte nur ein weiterer Beweis dafür, dass wir mehr niedrigschwellige Bildungsangebote brauchen. Arno Esch ist das absolute Gegenteil eines AfD-Politikers, denn Esch war durch und durch liberal, ein sozialer, lebenswerter junger Mann.

**LP:** Warum gelingt es aus Ihrer Sicht den Rechtspopulisten und -extremisten bisher nicht, Esch tatsächlich zu vereinnahmen?

**KP:** Den Rechten gelingt es nicht, weil deren Zielgruppe nicht auf den Intellektuellen und Strebsamen, den Gerechtigkeitsfanatiker anspricht. Arno Esch war – so verstehe ich seine Biographie – bis in die kleinste Zelle seines Seins ein Sozialliberaler. Seine Gedankenwelt können Rechte sich nicht erschließen.

**LP:** Wie würden Sie heute auf eine solche AfD-Umarmung Eschs reagieren? Was wäre für Sie anders als damals?

**KP:** Heute würde ich mich direkt vor Ort gegen solche eine Vereinnahmung wenden und von Angesicht zu Angesicht widersprechen. Früher setzte ich meine Empörung in wohlfeile Worte und gab eine hübsche Presseerklärung ab. Heute weiß ich, dass Rede und Gegenrede vor Ort viel wirksamer sind. Die AfD besetzt demokratische Räume, die wir in der Vergangenheit freigelassen haben. Demokratie und Debatte müssen wieder mehr auf die Straße und in alle Räume der Gesellschaft.

**LP:** Welche Möglichkeiten hat eigentlich die Arno-Esch-Stiftung, solche Umarmungsversuche zu unterbinden? Wie sehr sind Ihnen da die Hände gebunden?

**KP:** Wir haben die Möglichkeit von Rede und Gegenrede. Wir nutzen unsere Möglichkeiten als Arno-Esch-Stiftung Bildung und Forschung zu unterstützen und Veranstaltungen durchzuführen. Wir merken, dass Menschen sich gerne informieren, unterhalten und zusammen über die SED-Diktatur und DDR-Erfahrung nachdenken. Wir müssen die Vergangenheit verstehen, wenn wir die Zukunft besser machen wollen. Das gelingt uns schon ganz gut, aber der Ukraine-Krieg mit all seinen Auswirkungen bis hinein in unsere Familien zeigt im Jahr 2022, wie verletzlich demokratische Strukturen eben auch bei uns sind.

**LP:** Diese Verletzlichkeit demokratischer Strukturen – inwiefern wohnt dies aus Ihrer Sicht der Demokratie letztlich inne? Es kannten ja schon die griechischen Stadtstaaten und auch die römische Republik „Tyranen“ bzw. „Diktatoren“, in Rom sogar ein gesetzmäßiges, wenn auch außerordentliches Amt mit weitgehenden Vollmachten auf begrenzte Zeit.

**KP:** Eine lebendige Demokratie wächst und entwickelt sich. Ich begreife sie als Organismus, der ständig Gensungs- und Entwicklungsprozesse durchläuft. Doch so ein Organismus ist eben verletzlich, durchläuft Irr- und Suchphasen. Wir können das in Wahlkampfzeiten, bei Krisen und Kriegen beobachten. Doch nach meinem Empfinden ist das Immunsystem Deutschlands, unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung, solchen Prozessen gewachsen.

**LP:** Kommen wir zurück zu Arno Esch. Er war ein unerschrockener Kämpfer für die Freiheit, der daher auch sein Leben lassen musste. Und er war ein Anti-Nationalist. Von ihm stammt der, bis heute kontroverse, Ausruf: „Ein liberale Chinese steht mir näher als ein deutscher Kommunist!“. Was denken Sie war die Motivation der AfD eine Person zu ehren, die ideologisch nicht ferner stehen könnte?

**KP:** Ach, der AfD reicht es eine These aufzustellen. Niemals müssen sie diese begründen. Niemals müssen sie liefern. Das weiß die AfD. Denen geht es einfach darum die Demokratie mit demokratischen Mitteln zu erschüttern und eine eigene Diktatur aufzubauen. Für Esch war Freiheit die Abwesenheit von Not, Furcht und Zwang. Die AfD liebt die Mär von der Not und schürt bewusst die Furcht. Ihre kruden Forderungen wollen sie mit Zwang durchsetzen. Die AfD ist das Gegenteil von Arno Esch.

**LP:** Sie sind im protestantischen Glauben groß geworden und haben auch lange für die Kirche gearbeitet. Welche Bedeutung hat Dietrich Bonhoeffer für Sie?

**KP:** Dietrich Bonhoeffer und Martin Niemöller haben die Bekennende Kirche, eine Oppositionsbewegung evangelischer Christen im Nationalsozialismus, gegründet. Mein Großvater Karl Preisler hatte dort Kontakte. 1961, als Niemöller sich seiner Meinung nach vom DDR-Regime vereinnahmen ließ und während des Kirchentages in Westberlin in der DDR predigte, regte mein Großvater sich – so steht es in seiner Stasiakte – über die Predigt, die er als Gegenveranstaltung zum Kirchentag wahrnahm, auf.

Doch Dietrich Bonhoeffers Lehre und Werk sind aus meiner Kindheit, meinem Christentum und meinem Selbstverständnis nicht wegzudenken. Meine Groß-



eltern und Eltern haben mich mit „Von guten Mächten wunderbar geborgen“ in den Schlaf gesungen. Ich denke man bekommt von dem Grauen des Nationalsozialismus` eine ganz gute Vorstellung, wenn man bedenkt, dass die SS Bonhoeffer nackt zum Galgen bringen ließ. Es ging um Demütigung bis zum letzten Ringen um Luft. Die Nazis waren Menschenschinder. Bonhoeffer hat selbst in seinem Tod eine Botschaft an uns überbracht: Bei allem Grauen gibt es ein Morgen.

**LP: Evangelikale aus den USA haben Bonhoeffer für sich entdeckt. Leider, so müssen wir selbstkritisch eingestehen, unterlief uns und unserem Rezensenten mit der vergangenen Ausgabe auch ein Fehler. Wir haben den evangelikalen Hintergrund des Autors einer Bonhoeffer-Biographie, Eric Metaxas, nicht erkannt. Auf den ersten und zweiten Blick war diese Vereinnahmung nicht wirklich zu erkennen. Wie können ehrenamtliche Organisationen mit der Herausforderung, dass sukzessive liberale Denker von demokratiefeindlichen und anti-liberalen Kreisen vereinnahmt werden, umgehen?**

*KP:* Das ist auch schwierig! Wir haben spätestens seit 2020 in Deutschland ebenfalls heftige Probleme mit Extremisten und Delegitimierern, die einen evangelikalen Hintergrund haben. Achtung: Evangelikal ist erstmal kein Problem. Wir müssen uns anstrengen und differenzieren. Ich lernte bei sogenannten Coronaprotesten den selbsternannten evangelikalen Prediger Christian Stockmann kennen. Er ist sehr umstritten, kein Pastor nach dem Verständnis der etablierten Theologie und so offen nationalistisch, dass es schmerzhaft ist. An einer seiner als Gottesdienst bezeichneten, aber deutlich politisch motivierten, Umsturzphantasien habe ich teilgenommen. Ich war dort voller Offenheit und Mut zum Dialog, habe es echt versucht. Beim Vaterunser – einem Gebet – sind die Anwesenden bei den Worten „Denn dein ist das Reich und die Kraft und die Herrlichkeit in Ewigkeit.“ aufgesprungen und haben laut gegrölt. Stiernacken, Springerstiefel und Lederjacken inklusive. Wirklich! Es war gespenstisch. Wir alle müssen wachsam sein, wer der Wolf im Schafspelz sein könnte. Denn dass es ihn gibt, daran besteht kein Zweifel. Haben Sie sich für den Fehler bezüglich Metaxas bei der Leserschaft entschuldigt? Wenn ja, sollte das in Ordnung gehen. Wir alle haben uns schon einmal ge-

irrt und werden es wieder tun. Und wieder. Und wieder. Wichtig ist, dass wir unsere Fehlerkultur in den Griff bekommen und das dann auch klar kommunizieren.

**LP: Das haben wir tatsächlich bisher nicht, da es mit dieser Ausgabe die erste Gelegenheit dazu ist. Sowohl der Autor der Rezension, Dr. Luber, als auch wir bedauern diesen Fehler sehr und entschuldigen uns dafür. Für uns war der Hinweis aus dem Kreis der Leserinnen und Lesern definitiv sehr lehrreich, weswegen wir mit Ihnen über diese Thematik sprechen. Welchen Zusammenhang sehen sie zwischen der gerade erwähnten Fehlerkultur und unserer Demokratie?**

*KP:* Vielen Dank für die Frage. Unsere Demokratie durchläuft Phasen des Suchens, politischer Fehler und erfährt immer wieder Angriffe von innen und außen. In solchen Phasen passieren Entscheidungsträgern selbstverständlich auch Fehler. Doch statt das Offensichtlich zu benennen, Verantwortung zu übernehmen und sich zu entschuldigen, wird noch immer oft geschwiegen. Manchmal sogar vertuscht! Das ist falsch. Mir ist ein Entscheidungsträger, der Verantwortung übernimmt und sich entschuldigt, viel lieber, als ein aalglatter Blender. Ich bin viel auf der Straße unterwegs und versichere Ihnen, dass das die Bevölkerung auch so sieht. Die Devise muss lauten: Fehler sehen, anerkennen und es zukünftig besser machen.

**LP: Welche weiteren „Ziele“ der Vereinnahmung konnten Sie vielleicht zusätzlich in den vergangenen Jahren ausmachen?**

*KP:* Aktuell ist es modern, die friedliche Revolution in der DDR von 1989 mit den sogenannten Coronaprotesten gleichzusetzen. Ich meine nicht: zu vergleichen. Nein, die Menschen behaupten doch tatsächlich, wir würden wieder in einer Diktatur leben. Wie übel ist das denn bitte? Wir sind doch keine Widerständler, wenn wir unsere Versammlungsfreiheit nach dem Grundgesetz ausleben können und dabei sogar die Polizei die Durchführung gewährleistet und Gegendemonstrationen fernhält. Das ist eine Vereinnahmung, die ich dreist finde.

**LP: Diskutiert werden solche Vereinnahmungsversuche grundsätzlich nur, wenn es sich um Rechtspopulisten, Rechtsradikale und deren Umfeld handelt. Wieso haben radikale Bewegungen anderer politischer Richtungen das nicht nötig oder täuscht vielleicht nur der Blick?**

*KP:* Nein, nein, solche Vereinnahmungen gibt es von verschiedenen Strömungen. Wir müssen uns von diesem Rechts-Links-Schema lösen. Oft verschwimmen rechte und linke Positionen auch, wenn es zum Beispiel antisemitisch oder anti-Nato wird.

**LP: Diese Aufhebung des Rechts-Links-Schemas wird ja seit längerem in intellektuellen Kreisen diskutiert. Was schwebt Ihnen da vor? Eine stärkere Unterscheidung zwischen Befürwortern unserer liberalen Demokratie und denen, die sie ablehnen? Das wäre ja dann sehr eindimensional. Oder müssen wir nicht eher in die ganz andere Richtung hin zu Mehrdimensionalität, wie es bereits bei manchen Diagrammen mit zwei Achsen der Fall ist? Oder haben Sie eine dritte Idee?**

*KP:* Wir müssen differenzieren, sonst werden wir ungerecht. Mal ein kleines Beispiel: Die Gruppierung „Letzte Generation“ ist eine extreme sogenannte Klimabewegung, die aktuell mit großem Medienecho Straftaten begeht. Es wäre falsch Sie bei einer linken Bewegung, der Bewegung fridays for future oder bei der Partei Bündnis 90/Die Grünen zu verorten und alle Genannten zu schelten. Es bleibt eine Gruppierung, die aktuell mehr Schaden als Nutzen bringt. Bleiben wir fair. Diese Differenzierung verlange ich auch von Menschen, die Neoliberalismus als Wurzel allen Übels nennen oder Liberalismus rechts oder links verorten. Mir gefällt Ihr Begriff Mehrdimensionalität deshalb sehr.

**LP: Sie sind politisch mit vielen Bürgerinnen und Bürgern im Gespräch, gerade mit solchen, die sich von unserer liberalen Demokratie wegbewegen. Welche Vorbilder nehmen Sie bei diesen Menschen wahr und welche Missverständnisse haben Sie dabei festgestellt?**

*KP:* Die Vorbilderwirkung kommt nach meinen Erfahrungen oft Menschen zu, deren Meinung oder wis-

senschaftliche Haltung von eigener Demokratiekritik getragen wird. So werden in solchen antiliberalen Weltbildern Informationen oft allein deshalb geteilt, weil jemand zugleich gegen Allgemeinmedizin ist oder zugleich die USA ablehnt. Durch so eine Vorauswahl bekommen Personen Vorbildfunktion, die zum Beispiel in der Wissenschaft gar keinen nennenswerten Beitrag geleistet haben. Ich habe festgestellt, dass hier oft auf der Sachebene kein Konsens zu finden sein wird. Ich packe meine Gesprächspartner dann auf der menschlichen Ebene. Bei späteren Zusammenkünften baue ich dann darauf auf. Kommunikation kann gelingen, wenn es nicht darum geht, den anderen zu zerstören. Oft sage ich zum Beispiel „Es ist für mich in Ordnung, dass Sie sich nicht gegen Influenza impfen lassen wollen. Ich lasse mich regelmäßig dagegen impfen und erwarte, dass das ebenfalls für Sie in Ordnung geht. Das kann Sie doch nicht stören.“ Bei so einer Charmeoффensive kann mir keiner widersprechen. (lacht)

**LP: Sachebene und Charme sind schöne Stichworte. Inwiefern sind Demokraten und insbesondere Liberale vielleicht zu oft der Ratio verhaftet und mit zu wenig positiver Emotion in Debatten verstrickt?**

*KP:* Hui, darüber könnte ich stundenlang sprechen. Demokraten und insbesondere Liberale gehen oft davon aus, dass sie mit ihren Argumenten schon jeden Menschen überzeugen. Dabei denken sie zu wenig darüber nach, was den Empfängern ihrer schönen Formulierungen, der ausgefeilten Newsletter und Pressemitteilungen aktuell wichtig ist. Oft lese ich Statements von Politikern in Regierungsverantwortung oder Abgeordneten in Parlamenten und kann kaum glauben, dass denen nicht auffällt, wie weit sie von der Lebenswirklichkeit entfernt sind. Die meisten Menschen in Deutschland starten ihren Tag nicht sicher und warm von Diäten versorgt. Die meisten Menschen starten ihren Tag mit großen Sorgen sowie ständigen Überlebens- und Behauptungsanstrengungen. Es ist wichtig, dass Demokraten und insbesondere Liberale deutlich sagen: „Ich sehe dich und deine Nöte. Wie kann ich behilflich sein?“ Die Arroganz der Politik hat in der Vergangenheit zu einer Entfremdung geführt. Die Demokratie hat Menschen verloren.



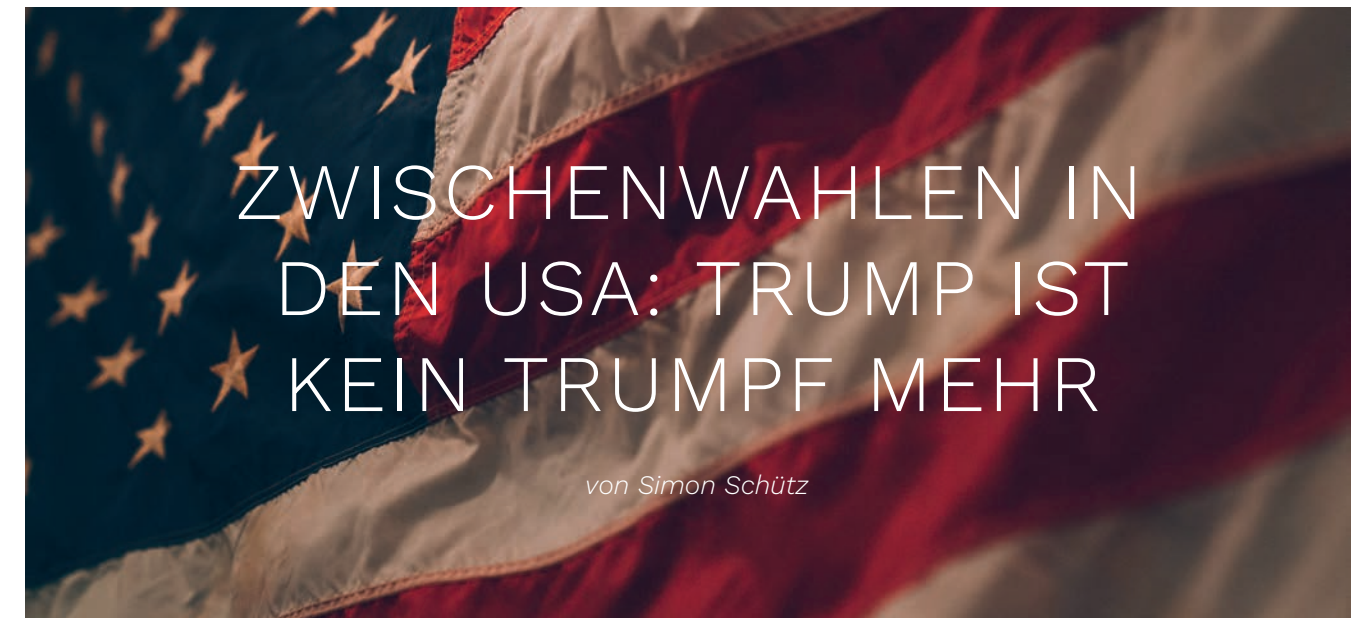
**LP:** Welche Möglichkeiten sehen Sie im Umgang mit diesen Missverständnissen bei diesen Menschen, die Esch, die Bonhoeffer offensichtlich gar nicht richtig verstehen?

**KP:** Wir müssen auf die Straße gehen und zuhören. Zuhören, Lösungen aufzeigen und widersprechen. Nicht beharren und verunglimpfen. Wiederkommen. Wieder reden. Durchhalten. Unsere Demokratie gehört verteidigt. Sie ist auf der Straße sehr verletzlich. Im Idealfall lernen wir alle was dazu.

**LP:** Ein schönes Schlusswort. Liebe Karoline Preisler, vielen Dank für dieses Interview!



**Alexander Bagus** ist Jahrgang 1983, Geburtsstadt München, und deutlich süddeutsch geprägt. Er hat von 2006 bis 2010 in Würzburg Neuere und Neueste sowie Mittelalterliche Geschichte und Öffentliches Recht studiert und als Magister Artium abgeschlossen. Beruflich ist er bei der Bundeswehr tätig. Seit 2017 steht er dem Verband liberaler Akademiker als Präses vor.



## ZWISCHENWAHLEN IN DEN USA: TRUMP IST KEIN TRUMPF MEHR

von Simon Schütz

Bei den Midterms wird die Partei des Präsidenten abgestraft – das war in der Geschichte eigentlich immer so. Nur George W. Bush gelang 2002 der äußerst seltene Coup, dieses Prinzip zu durchbrechen: Das war auf die Terroranschläge am 11. September 2001 zurückzuführen und den sogenannten „Rally ‘round the flag“-Effekt: In Krisenzeiten, besonders während eines Krieges, wird die politische Führung durch die Bevölkerung besonders unterstützt. Damals war der Sieg der Republikaner also als Rückenwind für ihren Präsidenten und seinen globalen Anti-Terror-Feldzug zu verstehen.

2022 war ein derartiger Coup nicht zu erwarten. Die Beliebtheitswerte von US-Präsident Joe Biden dümpeln seit Monaten vor sich hin. Die Umfragen waren sich (relativ) sicher, dass es eine „rote Welle“ geben werde – also eine klare Machtübernahme durch die Republikaner. Es war vielfach nur noch die Frage, wie mächtig die Welle sein würde – und wie geschwächt Joe Biden dann als „lahme Ente“ bis zu den Präsidentschaftswahlen 2024 regieren müsste.

*Eine völlige politische Blockade durch die Republikaner ist unwahrscheinlich. Ungemütlicher wird es für Biden trotzdem werden – und eventuell auch für Europa.*

Doch es kam anders. Die Demokraten konnten die Mehrheit im Senat verteidigen. Im Repräsentanten-

haus kommt es zu einem Mehrheitswechsel, die Republikaner gewinnen – allerdings nur mit einer dünnen Mehrheit.

**Biden wird keine ‚lame duck‘ – schwieriger wird es trotzdem**

Was konkret bedeutet das? Zunächst einmal heißt das, dass Biden in den nächsten zwei Jahren seine bisherige politische Agenda in Teilen fortsetzen kann. Gleichzeitig wird er die Republikaner für größere Gesetzesvorhaben brauchen – er hat deswegen auch bereits seine Bereitschaft zur Zusammenarbeit angekündigt. Gleichzeitig gilt: Durch die Mehrheit im Senat kann Biden Richter, Botschafter und andere Regierungsvertreter ernennen und dann auch tatsächlich durchsetzen.

Im Klartext: Eine völlige politische Blockade durch die Republikaner ist unwahrscheinlich. Ungemütlicher wird es für Biden trotzdem werden – und eventuell auch für Europa. Andreas Falke, US-Experte und Politikprofessor an der Universität Erlangen-Nürnberg, erwartet, dass

die Unterstützung für die Ukraine nun schwieriger werden könnte: „Ich gehe davon aus, dass die Republika-

Verband der Privaten Krankenversicherung

**Endlich: die Jugendbewegung für jedes Alter.**

Der neue Generationenvertrag für die Pflege.

**Wenn Alt und Jung zusammenhalten, haben alle eine sichere Zukunft.**

Das gilt besonders für die Pflege. Damit sie bezahlbar bleibt, muss sich dringend etwas ändern. Unser Vorschlag: die Älteren solidarisch unterstützen und den Jüngeren die Spielräume für private Vorsorge schaffen.

[www.pkv.de/generationenvertrag](http://www.pkv.de/generationenvertrag)



ner eine stärkere Beteiligung der Europäer zur Bedingung machen werden.“

Außerdem sei damit zu rechnen, dass es in Sachen Klimaschutz nun keine großen Schritte mehr geben werde: „Biden hat mit dem Inflation Reduction Act (IRA) alles ausgeschöpft. Es ist jetzt völlig ausgeschlossen, dass die Biden Administration noch irgendwo Verschärfungen erreichen kann. Vielmehr ist zu befürchten, dass die Republikaner durch den Hebel der Schuldenobergrenze Änderungen am IRA erzwingen werden.“ Und sicherlich werde es für die Biden-Regierung in den kommenden Jahren zahlreiche Untersuchungsausschüsse geben. Hier könne sich der Einfluss der radikalen Flanke der Republikaner besonders auswirken: „Es ist nicht unwahrscheinlich, dass es zu zahlreichen Untersuchungsausschüssen bzgl. Afghanistan und Hunter Biden kommt, und Biden vielleicht sogar impeached wird“, analysiert Julian Müller-Kaler, US-Experte bei der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP). Und gerade, weil die Mehrheit der Republikaner im Repräsentantenhaus so knapp ist, hat der radikale Flügel besonders viel Einfluss – denn er stellt die größte Fraktion unter den Abgeordneten der GOP.

So viel zu den unmittelbaren Folgen – und den erwartbaren Konflikten in den kommenden zwei Jahren: Kein absoluter Stillstand, aber wahrscheinlich auch keine Chance mehr, große Themen wie eine Wahlrechts- oder Steuerreform anzugehen und durchzusetzen.

#### Trump versus ‚Trump with brain‘

Doch diese Wahl war auch aus einer anderen Perspektive besonders spannend. Wie steht es um Ex-US-Präsident Donald Trump? Hat er noch die Macht und Popularität,

Wahlen zu gewinnen? Er stand zwar nicht selbst auf dem Wahlzettel – aber er hatte überall seine Kandidaten ins Rennen geschickt: Trump-Loyalisten, die das Wahlergebnis von 2020 weiterhin nicht anerkennen und durch Extrem-Positionen auffallen. Doch es waren

*Kein absoluter Stillstand, aber wahrscheinlich auch keine Chance mehr, große Themen wie eine Wahlrechts- oder Steuerreform anzugehen und durchzusetzen.*

eben genau diese Kandidaten, die bei dieser Wahl keine großen Siege einfahren konnten – im Gegenteil. Insbesondere in den Swing States, die für die Präsidentschaftswahl 2024 enorm wichtig sind, konnten sich die extremen Republikaner nicht durchsetzen. Das heißt auch: Trumps Popularität an der Basis ist nicht einfach auf Kandidaten übertragbar, die er unterstützt und

fördert. „Das ist in der Tat ein gutes Zeichen für die Demokratie, auch wenn es natürlich eine große Anzahl der Election-Deniers trotzdem in das Repräsentantenhaus geschafft hat. Immerhin hatten bei den Midterms mehr

als jeder zweite Amerikaner einen Kandidaten auf dem Wahlzettel, der der Auffassung ist, dass es bei den letzten Präsidentschaftswahlen 2020 nicht mit rechten Dingen zugegangen bzw. es zur Wahlfälschung gekommen sei. Eine republikanische Mehrheit im House wird sich „durch eine selten dagewesene Radikalität auszeichnen“ ist sich Müller-Kaler sicher.

Was Trump wohl fast genauso ärgern dürfte wie das schlechte Abschneiden seiner Kandidaten, ist das besonders erfolgreiche Ergebnis von Floridas Gouverneur Ron DeSantis. Er wird zuweilen als „Trump mit Brain und ohne Drama“ (Financial Times) bezeichnet. DeSantis ist rechter Hardliner und spätestens seit seiner Wiederwahl aufstrebender Star der Republikaner – und möglicherweise innerparteilicher Konkurrent für Donald Trump mit Blick auf die Präsidentschaftswahlen 2024. Ron DeSantis ist im Vergleich zu Biden (79) und Trump (76) mit seinen 44 Jahren noch ein Youngster. Auch wenn sich erste Republikaner nach den Midterms nun von Trump distanzieren – und sogar der TV-Sender FoxNews de Santis zum neuen Liebling auserkoren hat – ist seine Rückkehr ins Weiße Haus noch immer nicht ausgeschlossen.

„Eine Abkehr von Trump sehe

ich aktuell nicht, denn die Grand Old Party (GOP) ist in den letzten sechs Jahren quasi zur Trump Old Party verkommen. Der Trumpismus ist nach wie vor extrem populär an der Basis. Inwiefern dieser mit der Person selbst verbunden sein muss, um wirkungsmächtig zu

werden, bleibt abzuwarten. Eine Kandidatur von De Santis wird eine derartige Klaviatur bespielen müssen. De Santis müsste quasi als Trump 2.0 antreten, was ein extrem schwieriges Unterfangen ist, wenn er gegen und nicht mit Trump Wahlkampf führen muss“ so Müller-Kaler.

„Es sind die Geister, die sie riefen und nun nicht wieder losbekommen“, fasst er die Lage der Republikaner zusammen.

Und für Biden könnte ein Herausforderer DeSantis gefährlich werden – denn er scheint auch jene für sich begeistern zu können, die eigentlich demokratisch wählen: Er hat 57% der Latino-Stimmen in Florida gewonnen. Und auch in Miami-Dade County, eigentlich eine demokratische Hochburg, konnte er sich durchsetzen. „DeSantis ist eine große Chance für die Republikaner, die Präsidentschaft zu erringen. Er ist nicht Trump, kann aber etwas von Trump abkupfern“, so Falke. Mit Blick auf das Alter des US-Präsidenten fügt er noch hinzu: „Und wo ist der 40 Jahre plus Kandidat oder Kandidatin bei den Demokraten?“

#### Die Republikaner haben jetzt ein Trump-Problem

Tatsächlich wäre Joe Biden zu Beginn einer weiteren Amtszeit schon 82 Jahre alt. DeSantis gerade mal 44. Und die einstige Hoffnung der Demokraten, Vize-Präsidentin Kamala Harris, ist neben dem omnipräsenten Biden kaum sichtbar – und dass, obwohl sie als Vize-Präsidentin ein sehr mächtiges Amt innehat. „Kamala Harris hatte schon im Vorwahlkampf 2020 Probleme, ein klares Profil zu entwickeln, sie konnte sich zwischen ‚progressive‘ und ‚mainstream‘ nicht entscheiden. Im Amt hat sie auch kein klares Profil, hatte einen sehr unglücklichen Auftritt in Mittelamerika (Bleibt doch bitte Zuhause)“, erklärt Falke und schlussfolgert: „Sie befindet sich im politischen Niemandsland.“ Dass sie antritt, gilt inzwischen als äußerst unwahrscheinlich.

Während bei den Demokraten noch nicht feststeht, wer 2024 in den Wahlkampf zieht – was tatsächlich für

Biden sprechen könnte – hat Trump seinen Hut trotz der für ihn schlechten Midterm-Ergebnisse offiziell in den Ring geworfen. Ganz bewusst vor allen anderen. „Das hat damit zu tun, dass er das Feld von vorne her aufrollen möchte – und sich seine möglichen Kontrahenten genau überlegen, ob sie einsteigen sollen oder lieber noch vier Jahre warten“, ist sich Müller-Kaler sicher. Und natürlich kommt es jetzt darauf an, wie die Republikaner sich grundsätzlich zu Trump positionieren: Sollte sich das Anti-Trump-Lager innerhalb der GOP wie zuletzt untereinander bekämpfen und sich gegenseitig die Stimmen wegnehmen, dann wird es das Trump erleichtern, die Nominierung zu gewinnen. Noch ist offen, wie die Strategie der Republikaner aussieht.

Allerdings ist Trump jetzt kein Trumpf mehr – und genau das ist jetzt ein Problem für GOP: „Der Trumpismus ist inzwischen fester Bestandteil der republikanischen Partei geworden und gegen ihn Wahlkampf zu machen

ist quasi unmöglich. Inwiefern das Original nach wie vor attraktiver ist als neuere Versionen, bleibt abzuwarten. Aber: Trumps Populismus hat schon immer nur eine Minderheit der Amerikaner angesprochen, insofern hat die GOP nun ein Trump-Problem“, so Müller-Kaler.

*Inwiefern das Original nach wie vor attraktiver ist als neuere Versionen; bleibt abzuwarten. Aber: Trumps Populismus hat schon immer nur eine Minderheit der Amerikaner angesprochen, insofern hat die GOP nun ein Trump-Problem“, so Müller Kaler.*



**Simon Schütz** war bis 2020 als Politik-Journalist bei BILD und bei dem amerikanischen Sender National Public Radio (NPR) tätig. Durch Journalistenstipendiate (Arthur Burns Programm, RIAS Programm) war er außerdem als Journalist in New York City und Tulsa tätig. Für BILD war er 2016 als US-Korrespondent in Washington D.C. und berichtete über den Wahlkampf sowie die Wahl Trumps. Außerdem leitete er im Sommer 2019 als Chef vom Dienst die Nachredaktion von BILD in Los Angeles. Aktuell arbeitet Herr Schütz als Leiter der Pressestelle des Verband der Automobilindustrie (VDA) e.V.

# WANDEL BRAUCHT HANDELN

von Alina Piddubna und Johannes Brill



**W**orte, die es für eine liberale deutsche Außenpolitik jetzt braucht.

Vom 4. bis zum 6. November 2022 fand der Bundeskongress der Jungen Liberalen (JuLis) unter dem Motto „Wandel braucht Handeln“ statt. Mit entschlossenem Willen stellte sich die FDP-Jugendorganisation hinter ihre Mutterpartei in der Ampelkoalition.

Eine treibende Kraft liberaler Ideen in der Ampelkoalition soll sie werden, die FDP, wenn es nach ihrer Jugendorganisation geht; eine Kraft, welche die deutsche Außenpolitik zurzeit mehr als nötig hat. Mit dem Einmarsch Russlands in die Ukraine hat Bundeskanzler Olaf Scholz eine „Zeitenwende“ festgestellt. Damit verbanden viele die Abkehr von einer Außenpolitik, die lange Zeit als zu passiv und zu unklar galt. Die weiter anhaltenden Muster der Unentschlossenheit und unkoordinierten Entscheidungsfindung deuten allerdings darauf hin, dass sich alte Gewohnheiten nur schwer ablegen lassen.

So ist nach mehr als neun Monaten Krieg ein Wandel der Außenpolitik von einer auf Handel und somit wirtschaftliche Beziehungen fokussierten Außenpolitik zu

einer wertebasierten Außenpolitik nicht erkennbar. Olaf Scholz reiste gemeinsam mit Vertretern der deutschen Industrie nach Peking. Der Besuch der deutschen Delegation deutete auf eine Verfestigung der deutsch-chinesischen Beziehungen hin anstatt eine erhoffte Entkopplung der Bundesrepublik von der staatskapitalistischen Volksrepublik. Für die Fußballweltmeisterschaft in Qatar schickte der deutsche Kanzler eine freundliche Videobotschaft und lobte die verbesserten Rechte von Arbeitern in Qatar. Dabei ging Scholz mit keinem Wort ein auf die 15.021 toten Arbeiter, die bei den Stadionbauten für diese Weltmeisterschaft gestorben sind. Die Beziehungen zu Autokratien werden aufrechterhalten, wenn nicht gar verbessert, anstatt

**Die Beziehungen zu Autokratien werden aufrechterhalten, wenn nicht gar verbessert, anstatt nach dem Motto der Zeitenwende die Distanz zu suchen.**

nach dem Motto der Zeitenwende die Distanz zu suchen. Gleichzeitig nahmen die deutschen Alleingänge auf dem internationalen Parkett in den letzten Monaten zu. Allerdings sind es nicht die erhofften Vorstöße, wie eine deutsche Panzerlieferung für die ukrainische Armee, sondern provozierende Alleingänge, wie die Abmilderungen der hohen Energiepreise. Anstelle einer gemeinsamen Lösung innerhalb der Europäischen Union zu finden, geht man die Herausforderung unilateral an. Die Folgen sind eine zunehmende Isolierung Deutschlands in der EU und

ein besorgniserregender Tiefpunkt der deutsch-französischen Beziehungen. Manch einer mag die Willkürlichkeit der deutschen Außenpolitik mit der US-Außenpolitik unter Donald Trump vergleichen. Nun ganz so schlimm ist es nicht. Das Problem liegt nicht an den Politikern, sondern ist tieferliegend und entspringt starren, krisengeschädigten Institutionen.

So befindet sich die Ampelregierung in einem Dauerkrisenmodus: Abfederung der Folgen der Coronapandemie, Suche nach einer (bisher ausbleibenden) deutlichen Antwort auf den russischen Angriffskrieg sowie Bewältigung der darauffolgenden Energiekrise. Der nie endende Krisenmodus der Koalition führt zu einem Tunnelblick, der in der mangelnden Konsultation mit den europäischen Verbündeten und einer nahezu willkürlichen Außenpolitik mündet. Der Krisenmodus verstärkt sich durch den Trümmerhaufen der deutschen Institutionen, die mit Arbeitsstrukturen, -technik und -mentalität aus dem letzten Jahrhundert ausgestattet sind. Eine weitere Folge ist der Fokus auf kurzfristige Ziele anstatt auf langfristige Ziele. Um die kurzfristigen mit den langfristigen Zielen miteinander zu vereinen, müssten Krisenreaktionen nach den langfristigen Zielen der Regierung ausgerichtet sein. Um die Krisen von heute zu bewältigen, brauchen wir funktionelle, digitale Verwaltungsstrukturen und zum Handeln entschlossene Politiker, welche die Krisenreaktionen mit einer Weitsicht verbinden. Die deutsche Politik hat das Motto des JuLi-Bundeskongresses mehr als nötig. Letztlich muss der Krisenmodus abgeschaltet werden und der Blick auf die langfristigen Ziele gerichtet werden.

Nehmen wir zur Verdeutlichung dessen ein Beispiel: der Umgang mit ukrainischen Flüchtlingen, die durch den russischen Angriffskrieg nach Deutschland kommen. Die Kommunen werden allein gelassen und die Talente tausender Geflüchteter gehen verloren. Es bräuchte Investitionen und eine Förderung dieser Talente, damit die ukrainischen Geflüchteten ihre Skills nicht verlieren. Dabei wird das langfristige Ziel des Wiederaufbaus der Ukraine mit jedem Cent, das in einen ukrainischen Geflüchteten investiert wird, unterstützt.

Ein weiteres Beispiel ist das Beenden der Energiekrise. Neben einem schnellen Ausbau der erneuerbaren Energien hängt das Ende der Energiekrise mit einem Ende des russischen Angriffskrieges zusammen. Um

die Energiekrise zu beenden, muss der Weg in ein friedliches Europa zurückgefunden werden. Hierfür ist ein militärischer Sieg der Ukraine durch die Rückeroberung der durch Russland besetzten ukrainischen Gebiete notwendig. Deutschland muss mehr winterfähige Militärausrüstung, Munition, Helme und – endlich – Panzer in die Ukraine schicken, um die fatalen wirtschaftlichen Folgen des Russlandkriegs zu beenden und dem Leiden der ukrainischen Bevölkerung ein Ende zu setzen.

Die liberale Welt braucht eine starke deutsche Außenpolitik, die sich gemeinsam mit unseren europäischen Partnern an liberalen Werten ausrichtet. Mit Blick auf eine erneute Kandidatur von Donald Trump müssen sich die liberalen Demokratien Europas auf mehr Eigenständigkeit auf dem internationalen Parkett vorbereiten. Liberale Demokratien dürfen sich nicht durch krisengetriebene Alleingänge voneinander distanzieren, sondern müssen jetzt stärker als je zuvor miteinander kooperieren.

In seiner Rede auf dem JuLi-Bundeskongress betonte Christian Lindner, dass Freiheit ohne Wohlstand ein Problem sei, das wir lösen können. Wohlstand ohne Freiheit hingegen sei ein Zustand, der für uns liberale nicht tragbar sei. Unser Appell: Diesen Grundsatz sollte die deutsche Außenpolitik tief verinnerlichen.



Alina Piddubna ist International Officer und Leiterin des internationalen Ressorts von ZeMolodizhka (youth wing of Servant of the People Party) sowie Assistentin eines Abgeordneten der Werchowna Rada, des ukrainischen Parlaments. Sie ist außerdem Mitglied der Ukrainian Foreign Policy Association.



Johannes Brill ist International Officer der Liberalen Hochschulgruppen und Kreisvorsitzender der Jungen Liberalen Duisburg. Er studiert aktuell im Master Sozioökonomie an der Universität Duisburg-Essen.



# STUDIERN IN DER ENERGIEKRISE

von Benjamin Kurtz

„Soll ich wirklich die Heizung anschalten? So kalt ist es doch gar nicht...“ – das werden sich einige Studierende denken, wenn es im Winter noch kälter und die Energie noch teurer wird.

Seit Putins völkerrechtswidrigem Angriffskrieg gegen das ukrainische Volk ist ungewiss, ob Europas Energieversorgung gesichert ist. Als Konsequenz dieser Energiekrise steigen die Preise für Wärme und Strom in Deutschland durch die Decke. Während die Regierung versucht, den Energiepreisen mit Gas- und Strompreisbremse Herr zu werden, müssen Studierende schauen, wie nach dem Preisanstieg bei Nahrung noch genug Geld übrigbleibt, um im Winter heizen zu können. Situation der Studierenden In Gesprächen mit Studierenden kommen in den letzten Wochen immer wieder die gleichen Themen auf. Eine Bekannte berichtete mir davon, wie ihre Wohngemeinschaft beschlossen hat, dass künftig Bad und Küche nicht mehr beheizt werden, um Energie zu sparen und sich vor Preisanstiegen zu schützen. Ein Kommilitone wird diesen Winter nur noch kalt duschen, um warmes Wasser zu sparen. „Das ist doch sowieso gesünder“, meint er. Die Energiespartipps von Winfried Kretschmann gehen

noch einen Schritt weiter und raten ganz vom Duschen ab. „Der Waschlappen ist eine brauchbare Erfindung“, äußert er sich zum Energiesparen, nachdem er sich erst kürzlich durch seine Expertise zur mentalen Gesundheit Studierender „hervorgetan“ hat – anderen gehe es noch schlechter, Studierende sollen sich nicht so anstellen.

Natürlich: wenn ich daheim meine Vorlesung nachbearbeite, Übungsblätter löse oder Hausarbeiten schreibe, dann kann ich mir auch einen Pullover oder eine Jacke überziehen, anstatt die Heizung aufzudrehen.

Studierende können sich dazu entscheiden, künftig nur noch einzelne Räume der WG zu beheizen. Dass diese Schritte gegangen werden müssen, zeigt deutlich genug das Ausmaß des Problems, das wir haben: Energie und Wärme werden für Studierende zum Luxus – oder als solcher wahrgenommen.

Manch einer wird einwenden,

im Geiste von Kretschmann, die jungen Leute sollten sich ja nicht so anstellen, andere Generationen hätten ganz andere Krisen durchgemacht, wären ganz anderen Herausforderungen ausgesetzt werden. Ja, natürlich haben wir es immer noch besser als diejenigen, die im zerstörten Nachkriegsdeutschland studieren wollten.

*Während die Regierung versucht, den Energiepreisen mit Gas- und Strompreisbremse Herr zu werden, müssen Studierende schauen, wie nach dem Preisanstieg bei Nahrung noch genug Geld übrigbleibt, um im Winter heizen zu können.*  
*Situation der Studierenden*

Wer aber die Situation des zerbombten Nachkriegsdeutschlands mit der viertgrößten Volkswirtschaft der Welt vergleicht, die besiegte Kriegswirtschaft mit dem mehrfachen Exportweltmeister, der hat ein Glaubwürdigkeitsproblem. Entbehrungen und Notlagen sind nichts, was wir feiern sollten, weil es ja „charakterbildend“ sei, sondern wir müssen uns fragen, wie es in einem so reichen Land wie Deutschland so weit kommen konnte.

Deutschlands Abhängigkeit von russischem Gas hat uns auf dem kalten Fuß erwischt. Als Russland seinen Angriffskrieg gegen die Ukraine begann und wir uns plötzlich in der Situation befanden, dass wir dem Aggressor Milliarden zahlten, um weiterhin Energie zu importieren, hatten der nahezu abgeschlossene Atomausstieg sowie der anstehende Kohleausstieg Gas als Übergangsenergie immer attraktiver gemacht. Die konkurrenzlos günstigen Preise des russischen Gases sind von der schwarz-roten Koalition nicht hinterfragt worden. Auch nicht, nachdem Putin sein hässliches Gesicht gezeigt hat, etwa 2008 mit dem russischen Angriff auf Georgien oder 2014 mit dem Beginn des russischen Kriegs gegen die Ukraine. Ohne ausreichend Zukunftsenergien hat man daran festgehalten, aus der atomaren Gegenwartsenergie auszusteigen.

Für uns als Liberale Hochschulgruppen ist das unverständlich: Forschungsfreiheit und Technologieoffenheit sind Kern unseres Selbstverständnisses als liberalen Studentenverband. Wir sollten offen und ohne Verbote an den Energien der Zukunft forschen: Ob Solarenergie, Atomkraft oder doch die kalte Fusion die Energiequelle der Zukunft sind, wissen weder wir noch die Bundespolitik. Gerade in Krisenzeiten sollten wir auf alles zurückgreifen können, was uns die Wissenschaft zu bieten hat. Dass die Grünen und Habeck sich einem Weiterbetrieb der Atomkraftwerke so lange aus ideologischen Gründen verwehrt haben, halten wir nicht nur für unverständlich, sondern für unverantwortlich.

Es sind Schwarz-Rot und die zögerliche Haltung von Robert Habeck, die uns Studierenden einen Winter eingebrockt haben, in dem wir nicht nur vor unseren Prüfungen zittern, sondern auch daheim am Schreibtisch, unter der kalten Dusche und in der unbeheizten Küche.

Und doch kann man eine ungute Situation noch schlechter machen. Zu Beginn des Wintersemesters kamen an vielen Hochschulen Ideen, Diskussionen und

Pläne auf, wie man denn auf Kosten von Studium, Lehre und Studierenden Energie und Finanzmittel sparen könnte. Von einem umfangreichen Wechsel auf erneute Distanzlehre über Einschränkung des Bibliothek-Angebots bis hin zu lediglich verlängerten Schließtagen zwischen den Jahren standen die verschiedensten Konzepte in der Diskussion.

Der Vorschlag, Studierende nach vier Semestern Isolationslehre erneut aus dem sozialen Umfeld der Universität ausschließen und nach Hause schicken zu wollen, setzt Studierende nicht nur der winterlichen Kälte aus, sondern offenbart auch eine erstaunliche soziale Kälte gegenüber Studierenden.

Ich hatte gehofft, dass ich inzwischen nicht mehr ansprechen müsste, wie belastend die Corona-Semester für Studierende waren. Eingeschränkte Kontakte, ausbleibender sozialer Austausch auf dem Campus und Studium allein in der 8-Quadratmeter-Wohnung führen zu Einsamkeit. Als Konsequenz der Coronapandemie erleben wir eine Pandemie der Einsamkeit unter unseren Studierenden. Vor diesem Hintergrund ist es unbegreifbar, wie Online-Lehre ernsthaft als Lösungsvorschlag der Energiekrise diskutiert wird.

Ohnehin belasten Heizkosten und steigende Lebenshaltungskosten den studentischen Geldbeutel. Wenn Hochschulen sparen wollen, indem sie Lern- und Aufenthaltsorte schließen, führt das dazu, dass Millionen Studenten ausgerechnet in der Energiekrise noch mehr Zeit in ihren Wohnungen verbringen und noch mehr heizen müssen als sonst. Dass Hochschulen ihre Heizkosten auf den studentischen Geldbeutel auslagern wollen, ist nicht nur energetisch ineffizient und volkswirtschaftlich widersinnig, sondern eine zutiefst ungerechte Mehrbelastung der Studierenden.

Deshalb ist es für uns Liberale Hochschulgruppen nur selbstverständlich, dass wir diese Pläne ablehnen und uns für ein Weiterbestehen der Präsenzlehre einsetzen – an den einzelnen Hochschulorten, auf Landesebene und natürlich auch als Bundesvorstand.



Benjamin Kurtz ist seit Februar 2021 im Bundesvorstand der Liberalen Hochschulgruppen engagiert und seit Januar 2022 dessen Vorsitzender. Nach dem Bachelorstudium in Tübingen studiert er seit Oktober 2022 im Master Development Economics an der Georg-August-Universität Göttingen.

# DIE JUNGE GENERATION HAT ES SELBST IN DER HAND

von Anna Neumann

**H**artnäckig halten sich Debatten darüber, dass die deutsche Politiklandschaft endlich jünger werden muss. Mit einem Durchschnittsalter von 47,3 Jahren ist der Deutsche Bundestag nun so jung wie nie. Welche Effekte hat die letzte Bundestagswahl auf die politischen Anliegen der jungen Generation? Und warum ist es überhaupt wichtig, dass sich die Demographie im Deutschen Bundestag verändert?

„In a democracy, the government always acts so as to maximize the number of votes it will receive.“ Vor über sechs Jahrzehnten hat der US-amerikanische Politikwissenschaftler und Ökonom Anthony Downs mit seiner Theorie des rationalen Wählerverhaltens das Denken über demokratische Wahlprozesse revolutioniert. Wenngleich seine Theorie auch ihre Schwächen und Blindspots aufzeigt und der Gedanke von einem immer rational handelnden homo oeconomicus empirisch widerlegt ist, bietet seine Theorie wichtige Anknüpfungspunkte, um zu verstehen, warum Politiker so handeln, wie sie nun einmal handeln. Einer der vordergründigen Ziele jeder Regierung ist es, Stimmen zu maximieren. Auf eine Wahl übertragen heißt das: Nur eine Partei, die bei einer Wahl besonders viele Prozente holt oder ein Direktkandidat, der in seinem Stimmwahlkreis besonders viele Stimmen holt, bekommt überhaupt erst die Chance, in Amt

und Würden zu kommen. Demokratische Prozesse sind (hier liegt Downs richtig) ein Wettbewerb. Analog zu Unternehmen in unserer Marktwirtschaft müssen sich politische Parteien dementsprechend damit auseinandersetzen, wie sie bei einer anstehenden Wahl ihre Stimmen maximieren und somit als Wahlsieger hervorgehen können.

## Politiker unterliegen natürlichen Systemzwängen

Eine Regierung unterliegt also natürlichen Zwängen: Sie muss ihre Grundüberzeugungen so mit den externen Faktoren verbinden, dass sie auf der einen Seite ihre grundlegenden Haltungen nicht über Board wirft und glaubwürdig bleibt, gleichzeitig aber das bestmögliche Ergebnis in einer Wahl erzielt. 57,8 Prozent der Wählerinnen und Wähler sind 50 Jahre oder älter. Aus rein egoistischer Sicht muss es also einer politischen Partei, die eine Wahl gewinnen möchte, ein Anliegen sein, genau diese Zielgruppe zu erreichen. Verstärkt wird dieser Faktor dadurch, dass dieselbe Gruppe mit 58 Prozent ebenfalls eine höhere Wahlbeteiligung aufweist als die Menschen unter 50.

In Hinblick auf die politischen Megatrends entsteht für einen politischen Mitbewerber also Spannungsfeld, indem er sich bewegt. Die Rentenpolitik der vergangenen Jahre ist ein plakatives Beispiel für eben jene Span-

nungsfelder. Aufgrund der demographischen Entwicklung und der Wahlbeteiligung ist es für die meisten politischen Parteien opportun, mit ihren politischen Maßnahmen in der Rentenpolitik vor allem die ältere Generation anzusprechen: Mütterrente hier, Zuschussung der Rentenkassen da. Hunderte Milliarden Euro werden so als Wahlgeschenk oder besser gesagt als Wahlauftrag für die Generation Ü50 verschenkt. Das große Problem: Genau jenes Geld fehlt an anderen Stellen, um die Rente endlich generationengerecht zu machen und auf ein solides Fundament zu stellen. Die Generation der Menschen unter 35 guckt bei eben diesen politischen Projekten in die Röhre und fragt sich vollkommen zurecht, inwiefern sie überhaupt noch von einer staatlichen Rente leben können sollen. Denn klar ist seit über einem Jahrzehnt: Durch den demographischen Wandel wird unser aktuelles Rentensystem nicht mehr aufrecht zu erhalten sein. Zukünftig werden zu wenige Menschen in das System einzahlen, während gleichzeitig zu viele Bürger aus dem System ausgezahlt werden.

Renten-, Finanz- und Klimapolitik sind drei Themenfelder, deren Relevanz insbesondere in Bezug auf Generationengerechtigkeit deutlich wird. Ändern wir unser Rentensystem nicht grundlegend, werden die kommenden Generationen in Altersarmut versinken (zumindest dann, wenn sie keine private Vorsorge treffen). Machen wir heute nur noch Schulden, nehmen wir künftigen Generationen alle Spielräume für Investitionen. Tun wir heute nichts für den Klimaschutz, ist unser Planet in Zukunft nicht mehr bewohnbar. In allen drei Themenfeldern sind die Vorgängerregierungen vor allem durch Nichtstun aufgefallen: Das demographische Problem unseres Rentensystems wurde von CDU und SPD ignoriert. Die Schuldenbremse hat sich zwar nett angehört, eingehalten wurden sie trotzdem selten. Der Klimaschutz wurde gar als Randthema abgetan. Klar wird also: Eine Generation von Politikern, die im Durchschnitt eher die Generation Ü50 und nicht die Generation U35 repräsentierte, hat weder die großen Fragen der Zukunft aufgegriffen noch im Sinne der Generationengerechtigkeit gehandelt.

## Warum es junge Menschen in der Politik braucht

Es wäre vermessen, zu behaupten, dass nur junge Menschen generationengerechte Politik betreiben können. Am Ende ist es vor allem die persönliche Haltung eines jeden Politikers, die Entscheidungen beeinflusst. Im gesamten demokratischen Parteienspektrum wird jedoch deutlich, dass es gerade Vertreter der jungen Generation sind, die eine generationengerechte Politik in den genannten Politikfeldern vorantreiben. Als einer der ersten Vertreter überhaupt hat sich der aktuelle parlamentarische Geschäftsführer der FDP, Johannes Vogel, für eine kapitalgedeckte Rente eingesetzt. Nun widmet sich die aktuelle Ampel-Koalition als erste Regierung überhaupt der kompletten

Umstrukturierung unseren Rentensystems. Weg von einer rein umlagefinanzierten Rente, hin zu einem kapitalgedeckten System. Was für viele wie eine technische Spielerei scheint, ist in Wahrheit die Revolution unseres Rentensystems. Im Sinne der jungen Generation. Wenngleich keine Kausalität nachgewiesen werden kann, widmet sich die aktuelle Regierung gerade mit einigen jungen Vertreterinnen und Vertretern in ihren Reihen genau diesen Megatrends.

Um eine solche generationengerechte Politik voranzutreiben, kann jede und jeder Einzelne in Zukunft noch mehr tun. Ganz im Sinne von Anthony Downs würde die junge Generation massiv an Einfluss gewinnen, wenn ihre Wahlbeteiligung im Vergleich zur Gruppe Ü50 relativ gesehen steigen würde. Fernab der Altersstruktur im Deutschen Bundestag wäre das Signal an alle politischen Parteien nämlich klar: Eine Wahl gewinnt ihr nur mit uns – also kümmert euch endlich um eine generationengerechte Politik!

**Am Ende ist es vor allem die persönliche Haltung eines jeden Politikers, die Entscheidungen beeinflusst. Im gesamten demokratischen Parteienspektrum wird jedoch deutlich, dass es gerade Vertreter der jungen Generation sind, die eine generationengerechte Politik in den genannten Politikfeldern vorantreiben.**



**Anna Neumann** (27) ist Landesprogrammmanagerin der Jungen Liberalen NRW und studiert PPE im Master an der Universität Witten/Herdecke.



# RENTE AB 70 - PRO

von Alexander Kobuss

Die Rente ist unsicher – wir brauchen die Anhebung des Eintrittsalters. „Die Rente ist sicher“. So formulierte es der ehemalige Bundesarbeitsminister Norbert Blüm. Die Wahrheit sah damals eigentlich schon anders aus und auch nach den Reformen der Riester-Rente um die Jahrtausendwende hat sich die Situation nicht wesentlich gebessert. Der Kern des Problems, nämlich der Umstand, dass die Rente nach wie vor umlagefinanziert von der arbeitenden Bevölkerung gestemmt werden muss, hat sich nicht verändert. Die schicksalshafte Entscheidung, die Konrad Adenauer Mitte der 1950er Jahre gegen den Protest des damaligen Bundeswirtschaftsministers Ludwig Erhard durchdrückte, dass die Jungen für die Alten zahlen sollten (denn laut Adenauer würden die Menschen bestimmt in Zukunft immer weiter Kinder kriegen), zementierte die Struktur der Rente seit Gründung der Bundesrepublik. Sicherlich gibt es aus liberaler Sicht deutlich wünschenswertere Lösungen. Jedoch soll es hier vor allem um eine wichtige Stellschraube gehen – das Renteneintrittsalter.

## Die wirtschaftliche Situation ist ernst

Wir stehen vor einer Rezession. Nach dem Ende des kalten Krieges hat sich die wirtschaftliche Lage, mit ein paar Unterbrechungen, für die meisten Menschen

auf diesem Planeten stetig gebessert. Deutschland ist da keine Ausnahme. Im Gegenteil, denn im Zuge der Hartz-Reformen haben wir über ein Jahrzehnt solide Wachstumsraten einer robusten deutschen Volkswirtschaft gesehen. Diese Zeit ist vorbei. Mit dem September 2022 haben wir die Inflationsmarke von 10% überschritten. Wer also 1.000€ im September 2021 gespart hatte, hatte in diesem Jahr effektiv nur noch 900€. Diese Form der Geldentwertung haben wir seit der Gründung der Bundesrepublik nicht mehr gesehen.

Und die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt befeuert diese Entwicklung der Stagflation (niedriges Wachstum und hohe Inflation). Denn der Fachkräftemangel ist nun zu einem handfesten Arbeitskräftemangel geworden und das dämpft das wirtschaftliche Wachstum. Gleichzeitig steigen die Löhne, weil der Faktor Arbeit knapp ist. Die daraus resultierende Lohn-Preis-Spirale entfacht wiederum Inflation. Die fetten Jahre sind vorbei – wir müssen uns

mittelfristig darauf einstellen, dass die Menschen in diesem Land ärmer und nicht reicher werden. Der Arbeitsmarkt steht in diesem Zuge vor einer weiteren Herausforderung: die Tatsache, dass die geburtenstärksten Jahrgänge (Baby Boomer) in den kommenden Jahren in Rente gehen.

## Lebenserwartung und Ausbildungszeit verlängern sich

Mit Ausnahme der Pandemie ist die durchschnittliche Lebenserwartung hierzulande und in den meisten westlichen Industrieländern kontinuierlich gestiegen. Im gleichen Zuge verlängern sich die Zeiten der Ausbildung für junge Menschen, bis sie in den Arbeitsmarkt starten. In diesem Zusammenhang erscheint es nur schlüssig, dass wir auch länger arbeiten werden. In einer modernen Arbeitswelt ist es unüblich 40 Jahre im selben Unternehmen zu arbeiten. Die komplexen modernen Lebensläufe brauchen auch ein Umdenken in der Art und Weise, wie wir den Ruhestand betrachten.

Eine grundlegende Rentenreform wäre zwar notwendig, aber ist in den gegenwärtigen politischen Realitäten noch nicht realistisch. Zum einen bestehen die rechtlichen Hürden, dass die Rentenzusagen und die Pensionsansprüche auch finanziert werden müssen – aktuell auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung durch steigende Sozialversicherungsbeiträge. Zum anderen gibt es im politischen System kaum eine Partei, die die demographisch stärkste Wählerschicht so verprellen will, dass man Rentenkürzungen in Aussicht stellt. Vor dem Hintergrund des Arbeitskräftemangels sind drei weitere Jahre an Erwerbstätigkeit, also die Anhebung des Renteneintrittsalters auf 70 Jahre, unabdingbar, um den Wohlstand unseres Landes zu sichern. Hier geht es nicht um ein paar extra Prozente Wachstum, sondern es geht darum, dass die deutsche Volkswirtschaft und der Staatshaushalt der Bundesrepublik in Zukunft überhaupt etwas anderes produktives schaffen können, außer die Finanzierung der steigenden Rentenansprüche. Auch wenn es nach wie vor körperlich intensive Arbeiten gibt, die einer gesonderten Betrachtung bedürfen, so gehört es auch zur Wahrheit, dass in unserer Dienstleistungsgesellschaft viele Berufe körperlich weniger anspruchsvoll geworden sind und daher auch noch im höheren Alter ausgeübt werden können.

*Vor dem Hintergrund des Arbeitskräftemangels sind drei weitere Jahre an Erwerbstätigkeit, also die Anhebung des Renteneintrittsalters auf 70 Jahre, unabdingbar, um den Wohlstand unseres Landes zu sichern.*

## Liberaler Lösungen über die Rente ab 70 hinaus

Selbstverständlich ist die Erhöhung des Renteneintrittsalters nicht der Weisheit letzter Schluss. Das Rentensystem ist langfristig nicht finanzierbar. Bei dem voranschreitenden demographischen Wandel wird, neben der Bedeutung von Fachkräftemigration, sich mittelfristig die Frage stellen, ob die Umlagefinanzierung überhaupt noch zu stemmen ist. Hier müssen Möglichkeiten privater Altersvorsorge unbedingt einen Teil der Lösung ausmachen und dafür braucht es passende politische Rahmenbedingungen. Gleichzeitig muss die Systemfrage für die Rente gestellt werden.

Aus liberaler Sicht wäre der Einstieg in eine staatlich verwaltete, kapitaldeckte Aktienrente denkbar, um somit die Last der ständig steigenden Sozialversicherungsbeiträge abzumildern und ein höheres Maß an individueller Verantwortung für eigene Altersvorsorge zu ermöglichen. Denn wenn sich die Rentner darüber echauffieren, dass die Generation Z keine Lust hat zu arbeiten, dann ist es vielleicht wertvoll auf die politischen Rahmenbedingungen zu schauen. Wer sich von einem Vollzeitjob kein Eigenheim mehr nach harter Arbeit leisten kann und ohnehin über die Hälfte des Einkommens – und zunehmend mehr in Richtung Rentenversicherung – abdrücken muss, der stellt sich vielleicht tatsächlich irgendwann die Frage, warum man eigentlich noch arbeiten geht. Die Ausgangssituation ist bedenklich, aber für die Liberalen muss das als Chance verstanden werden, um die Antworten für den Arbeitsmarkt der Zukunft zu finden.

Die Rente ist nicht sicher. Das Einzige, was sicher ist, ist dass wir in diesem Rentensystem perspektivisch alle länger arbeiten müssen.



Alexander Kobuss (24) promoviert zur Geschichte der sozialen Marktwirtschaft. Er ist der Bundesarbeitskreisleiter für Wirtschaft/Finanzen der Jungen Liberalen und ehemaliger Landesvorsitzender der LHG NRW.

# RENTE AB 70 - CONTRA

von Celine Eberhardt

In Deutschland steigt das Alter für den Beginn der Rente schrittweise von 65 auf 67 Jahren. Für diejenigen, die nach 1964 geboren wurden, gilt künftig eine Regelaltersgrenze von 67 Jahren. Direkt nach diesem Beschluss entbrannte eine Diskussion über die Erhöhung auf eine Regelaltersgrenze von 70 Jahren.

Die Lebenserwartung der Menschen steigt. Doch gleichzeitig verbessern sich damit nicht automatisch die körperlichen und psychischen Voraussetzungen für ein längeres Arbeitsleben. Menschen, die ihr Leben lang körperlich hart gearbeitet haben, können häufig nicht bis 65 oder 67 Jahren weiterarbeiten. Die Lebenserwartung kann als Indikator nicht ausreichen. Die beschwerdefreie Lebenserwartung von Menschen liegt derzeit bei 56 Jahren. Damit arbeiten bereits jetzt viele ältere Menschen 11 Jahre mit psychischen und physischen Beschwerden, um nicht von Arbeitslosigkeit und Altersarmut betroffen zu sein. Das aktuelle Renteneintrittsalter von 67 Jahren ist für die Mehrheit der Bürger nicht erreichbar. Mehr als die Hälfte (55 Prozent) gehen nach einer Umfrage des Berliner Kantar Instituts davon aus, dass sie ihre Beschäftigung nicht bis zu ihrem 67. Lebensjahr ausüben können. Die Gründe dafür sind vielfältig und liegen häufig in der psychischen und physischen Belastung bei der Arbeit. Die gesundheitlichen Einschränkungen nehmen ab 60 Jahren zu. Diesen

Menschen muten wir weitere sieben Jahre Arbeit zu. Eine noch weitere Ausweitung auf 70 Jahre würde für viele Menschen höhere Abschläge und eine geringe Rente bedeuten.

Darüber hinaus kommt es laut IAB-Prognosen vor allem im Bereich qualifizierter Fachkräfte zu einem Arbeitskräftemangel. Daher wird bei Geringqualifizierten mit einer Erhöhung der Unterbeschäftigung gerechnet. Bei anhaltender Rationalisierung und Verlagerung von Arbeitsplätzen ins Ausland dürften vor allem weniger ausgebildete, ältere Menschen vor Erreichen des Rentenalters ihren Arbeitsplatz verlieren. Außerdem belasten spätere Übergänge in die Rente zusätzlich den Arbeitsmarkt. Zum einen erhöht sich die Arbeitslosigkeit von Älteren, zum anderen wirkt sich die verlängerte Erwerbsdauer negativ auf die Beschäftigungschancen von Jüngeren aus. In dem Fall würde die Entlastung der Rentenversicherung eine Belastung des Arbeitsmarkts und der Arbeitslosenversicherung bedeuten.

Keine Altersgruppe ist jedoch so stark von Langzeitarbeitslosigkeit betroffen wie Menschen ab 55 Jahren. Die Chancen auf eine Rückkehr in reguläre Beschäftigungen sind viel schlechter als bei jüngeren Bewerbern. In dem Fall würde zusätzlich zum Arbeitsmarkt und zur Arbeitslosenversicherung noch die Sozialversicherungssysteme wie

*Zum einen erhöht sich die Arbeitslosigkeit von Älteren, zum anderen wirkt sich die verlängerte Erwerbsdauer negativ auf die Beschäftigungschancen von Jüngeren aus. In dem Fall würde die Entlastung der Rentenversicherung eine Belastung des Arbeitsmarkts und der Arbeitslosenversicherung bedeuten.*

Arbeitslosengeld II belastet werden. Rücklagen und Vermögen oberhalb der Freigrenzen müssen bei Bezug von Arbeitslosengeld II aufgelöst werden, sodass die private Absicherung im Alter für viele schwindet. Das kann und darf nicht unser Ziel sein.

In den letzten Jahren bis zur Regelaltersrente werden nach dem Arbeitslosengeldbezug keine Rentenbeiträge gezahlt, was wiederum die Höhe der Rente und das Risiko für Altersarmut beeinflusst. Außerdem müssen Arbeitslosengeld II-Empfänger zum frühestmöglichen Zeitpunkt Altersrente beantragen und müssen damit Abschläge in Kauf nehmen. Daraus ergeben sich bei einer erneuten Erhöhung zusätzliche Rentenkürzungen, die das Risiko für Altersarmut für viele Menschen weiter erhöhen.

Ein weiteres Argument gegen die Erhöhung des Renteneintrittsalters ist die soziale Generationengerechtigkeit. Jüngere Generationen würden mit einer erneuten Erhöhung länger einzahlen, um dann kürzere Rente zu bekommen. Unser Rentensystem beruht auf einem sogenannten Generationenvertrag. Das bedeutet: Das Umlageverfahren funktioniert nur, wenn es genug Beitragszahler gibt, welche die Rente finanzieren. Laut OECD kommen in Deutschland 100 Beitragszahler auf 37 Rentner. Die Zahl der Rentner wird sich in den kommenden Jahren weiter erhöhen. Dadurch wird bei einer alternden Gesellschaft das Problem der Rentenfinanzierung nicht mit einer weiteren Erhöhung des Renteneintrittsalters gelöst. Wir werden dann zukünftig über 72, 75 und 77 Jahre als Renteneintrittsalter diskutieren und die Belastung von jüngeren Menschen immer weiter erhöhen.

Aus rein wirtschaftlicher Sicht ist das aktuelle Rentensystem nicht finanzierbar. Mit der Forderung nach einer Rentenaltersgrenze von 70 Jahren entlastet man die Rentenkassen, die bereits jetzt vor einem Kollaps stehen. Aktuell bezuschusst der Bund jährlich rund 100 Milliarden Euro aus dem Bundeshaushalt in die Rentenkasse. Die Lösung kann jedoch im Hinblick auf die Herausforderungen des demografischen Wandels und der Veränderungen des Arbeitsmarkts nicht die ständige Erhöhung der Rentenaltersgrenze sein. Ein Anstieg der Rentenbeiträge oder ein Absenken des Rentenniveaus sind ebenfalls keine Lösung. Im europäischen Vergleich ist Deutschland bereits jetzt an der Spitze der Sozialabgaben für Bürger. Wir kommen gerade aus der Zeit der Corona-Pandemie, die von steigender Ar-

beitslosigkeit und Kurzarbeit geprägt ist und kommen in eine Zeit, die von Inflation und steigenden Energiekosten geprägt ist. Höhere Rentenbeiträge führen zu einer weiteren Mehrbelastung und das Absenken des Rentenniveaus zu einem erhöhten Altersarmutsrisiko. Stattdessen braucht es eine Modernisierung des Altersvorsorgesystems und der Finanzierungsgrundlage. Ich stehe hinter der Einführung einer gesetzlichen Aktienrente nach schwedischem Modell, um eine langfristige, chancenorientierte und kapitalgedeckte Altersvorsorge zu schaffen, die vor Altersarmut schützt, sich den Lebensrealitäten der Menschen flexibel anpasst und ein menschenwürdiges Leben im Alter ermöglicht.



Celine Eberhardt ist 24 Jahre alt und hat Arbeitsmarktmanagement an der Hochschule der Bundesagentur für Arbeit in Schwerin studiert. Seit über einem Jahr arbeitet sie als Integrationsfachkraft im Jobcenter Leipzig. Daneben ist sie Pressesprecherin der FDP Bremen sowie der Jungen Liberalen Bremen und ist in verschiedenen Arbeitskreisen der beiden Organisationen auf Landes- sowie Bundesebene vertreten. Celine Eberhardt brennt für die politischen Themen Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik sowie Bildungs- und Kulturpolitik.



# EIN DENKMAL FÜR DEN LIBERAL GRUNDIERTEN WIDERSTAND GEGEN DIE SOWJETISCHEN BESATZER

*Eine Rezension von Dr. Jürgen Frölich*

Kann man über einen Menschen, der gerade einmal 23 Jahre alt geworden ist, allenfalls eine regionale Bekanntheit gehabt hat und nur noch für enge Forschungsgebiete von Interesse ist, eine über 400-seitige Biographie schreiben? Und lohnt sich der Aufwand? Beides wird man nach der Lektüre des Buches von Natalja Jeske, die mehrfach mit Untersuchungen beziehungsweise Dokumentationen zu den Opfern nationalsozialistischer und stalinistischer Gewaltherrschaft hervorgetreten ist, klar bejahen können. Mit Arno Esch (1928-1951) hat sie einen jungen Liberal(demokrat)en zum Thema erkoren, der vor allem durch sein tragisches Ende in Erinnerung geblieben ist: Im Sommer 1951 wurde er in einem Moskauer Gefängnis hingerichtet.

Jeskes zentrales Anliegen ist, „vor allem Esch selbst zu Wort kommen (zu) lassen“ (16). Dazu hat sie un-  
gemein umfassend und in wirklich beeindruckender Weise Quellen staatlicher und privater Natur von und über ihn ausfindig gemacht, darunter Quellen der Sowjetischen Militäradministration und des Ministeriums für Staatssicherheit sowie des Archivs des Liberalismus. Besonders bemerkenswert ist dabei nicht nur, dass die ursprünglich aus Tomsk stammende Autorin auch russische Akten problemlos auswerten konnte, sondern auch zahlreiche private Archivalien von Verwandten ausfindig gemacht hat, so etwa den offenbar ergiebigen Nachlass der Mutter.

Überhaupt ist das, was hier über den familiären Hintergrund des späteren Jugendpolitiklers dargelegt wird, bis dahin weitgehend unbekannt gewesen. Natalja Jeske

hat Verwandte und Freunde befragt und sogar Eschs Geburtsstadt Memel aufgesucht, in der dieser eine eigentlich nur durch die Entfremdung der Eltern etwas eingetrübte Jugend verbrachte, bis sich auch dort der Zweite Weltkrieg auswirkte. Dessen Ende erlebte der zum Kriegshilfsdienst eingezogene Oberschüler in Vorpommern beziehungsweise Mecklenburg.

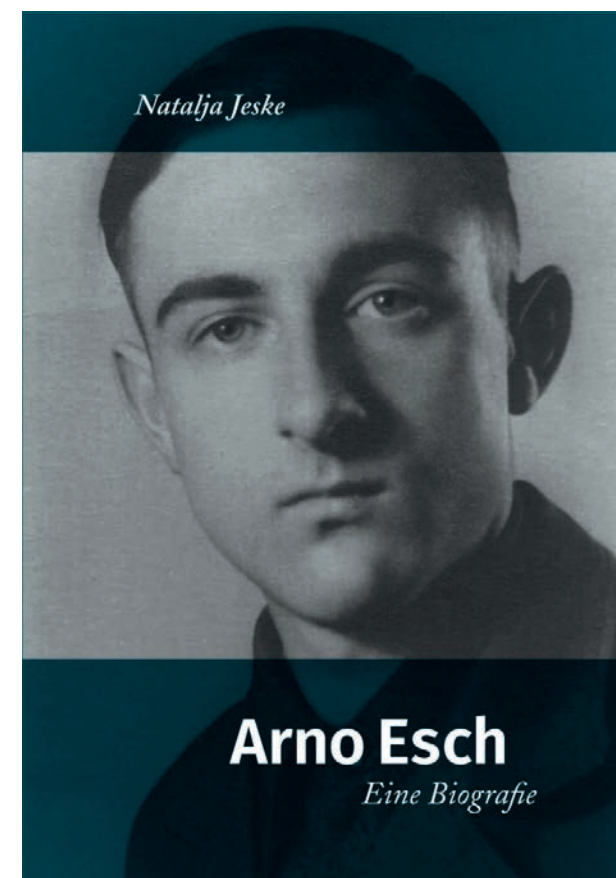
Die Biographie ist chronologisch angelegt: Kindheit und Jugend, „Neuanfang“ in Mecklenburg, das Engagement in der Liberaldemokratischen Partei und schließlich Verhaftung und Prozess. Davon macht der dritte Teil, der in etwa die Zeit vom Frühjahr 1947 bis unmittelbar nach der DDR-Gründung abdeckt, rund die Hälfte des Gesamtumfanges aus. Hier werden auch zahlreiche „Ego-Dokumente“ herangezogen, da Esch als aufsteigender Jugend- und Hochschulpolitiker der mecklenburgischen LDP in dieser Zeit zahlreiche Ansprachen hielt, oft protokollierte Statements abgab und auch häufig Beiträge für die Parteipublizistik verfasste, den letzten wenige Tage vor seiner Verhaftung. Eine besondere Gattung sind Dokumente über eine insgeheime Parteigründung innerhalb der Liberaldemokratischen Partei, die später in den Verhören und Prozessen eine schwerwiegende Rolle spielen sollten. Das Unterfangen, Esch selbst sprechen zu lassen, wird zweifellos eingelöst bis hin zum Abdruck seiner beiden Gnaden-gesuche an den Obersten Sowjet.

Weit weniger breit werden die rund 18 Monate dargestellt, die Esch „in den Fängen der sowjetischen Staatssicherheit“ verbrachte. Diese Zeit war allerdings durch die rührige Erinnerungsarbeit von überlebenden

Weggefährten auch bislang in groben Zügen bekannt. [1] Auf ein wirkliches Schlussresümee verzichtet die Autorin; der knappe Epilog skizziert nur das weitere Schicksal jener politischen Freunde von Esch, die, wie der spätere FDP-Generalsekretär Karl-Hermann Flach, überlebten.

Insgesamt ist die Darstellung sehr fokussiert auf ihren „Helden“, dessen Liberalismus-Affinität mit dem vergleichsweise liberal-weltoffenen Klima seiner Heimatstadt bis 1939 und den Kontaktpersonen erklärt wird, auf die der frischgebackene Jura-Student in Rostock traf. Reflexionen über das Genre Biographie, ihre Möglichkeiten und Grenzen werden nicht angestellt. Das heißt nicht, dass Natalja Jeske nicht versucht, Eschs Vita in die allgemeine Entwicklung sowie die der LDP einzubetten. Aber Eschs Handeln und Denken sind immer der Maßstab zur Einordnung und Bewertung der Geschehnisse. In gewisser Weise wird die Geschichte der Liberaldemokraten und der SBZ durch seine Brille gesehen.

Hier macht sich zum einen bemerkbar, dass die herangezogene Literatur anders als im Fall der Quellen gerade in Bezug auf den Nachkriegsliberalismus eher schmal und nicht unbedingt aktuell ist. [2] Das führt mitunter zu einer verkürzten Perspektive, etwa bei der Demokratischen Partei Deutschlands, einem kurzlebigen Dachverband der Liberalen aller Zonen, der keineswegs nur am inner-liberaldemokratischen Konflikt zwischen Zonenverband und den (West-)Berliner Liberalen gescheitert ist, sondern vor allem an unüberbrückbaren Gegensätzen zwischen West und Ost. [3] Auch ist die Sympathie der Autorin für ihren „Helden“ unübersehbar. Viel verwendet sie darauf, sein Agieren als konsequent und folgerichtig darzustellen, etwa im Fall der Gründung jener erwähnten Geheimorganisation, die Esch 1948 mit anderen jungen Liberaldemokraten Ende 1948 zunächst als „Radikal-soziale Freiheitspartei“ aus der Taufe hob, um die LDP in der Auseinandersetzung mit der SED bestehen zu lassen und zugleich für den „Tag X“ der Wiedervereinigung gewappnet zu sein. Abgesehen davon, dass die „Geheimpartei“ binnen



**Natalja Jeske:**  
**Arno Esch.**  
**Eine Biografie.**

Schwerin: Landesbeauftragte für Mecklenburg-Vorpommern für die Aufarbeitung der SED-Diktatur, 1. Auflage 2021, 450 S., EUR 10,00.

kurzem mehrfach ihren Namen wechselte, ist der strategische Widerspruch bei Esch und seinen Mitstreitern, einerseits die LDP als eigenständige liberale Kraft bereits Ende 1948 weitgehend abgeschrieben zu haben und andererseits in dieser doch die einzige Möglichkeit der Gegenwehr gegen die Diktatur der SED zu sehen, aber nur schwer aufzulösen.

Ähnliches gilt auch für den Umstand, dass die Risiken eines Eintretens für liberale und demokratische Werte angesichts der Repressionen, unter denen Liberal- und Christdemokraten auf allen Ebenen litten, unübersehbar waren. Mit der Verhängung von Todesstrafen, die zum Zeitpunkt der Verhaftung der Gruppe um Esch im Machtbereich der Sowjetunion ausgesetzt war und dann wieder rückwirkend in Kraft gesetzt wurde, hatte aber keiner gerechnet. Neben Esch wurden fünf weitere verhaftete Liberaldemokraten durch die sowjetische Militärgerichtsbarkeit, die rein formal, aber völlig losgelöst von rechtsstaatlichen Prinzipien ausgeübt wurde, hingerichtet.

Und damit wird auch deutlich, warum diese Biographie weit über die Historiographie zur Entstehung der SED-Diktatur bedeutsam ist: Hier kann man noch einmal sehr quellengesättigt nachlesen, was es heißt, im sowjetischen Machtbereich für westliche, liberal-demokratische Prinzipien einzutreten. Eindrucksvoll hat Natalja Jeske dem liberal grundierten Widerstand gegen die sowjetischen Besatzer ein Denkmal gesetzt, das wohl

auch dann noch Bestand haben wird, wenn der Gedankenplatz an Esch und andere Opfer des Stalinismus auf dem Donskoje-Friedhof in Moskau nicht mehr existieren sollte.

Diese Rezension erschien zuerst in sehepunkt, Rezensionjournal für die Geschichtswissenschaften, Jürgen Frölich: Rezension von: Natalja Jeske: Arno Esch. Eine Biografie, Schwerin: Landesbeauftragte für Mecklenburg-Vorpommern für die Aufarbeitung der SED-Diktatur 2021, in: sehepunkte 22 (2022), Nr. 6 [15.06.2022], URL: <http://www.sehepunkte.de/2022/06/36577.html>  
Wir danken dem Autor und der Redaktion für die freundliche Freigabe.



Dr. phil. Jürgen Frölich wurde 1955 geboren. Bis zu seiner Pensionierung 2021 war er Mitarbeiter im Archiv des Liberalismus der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, Gummersbach, und ist seit 1989 Mitherausgeber des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung. Auch in seinem Ruhestand treibt er die historische Studien zum Liberalismus weiter voran.



## EIN PAAR FRAGEN AN HELENE OLBERTZ-SCHOPP

### Was macht eigentlich Helene Olbertz-Schopp?

Was die doch schwindenden Kräfte noch zulassen: Haus- und Gartenarbeit, Immobilienverwaltung, Familienmanagement, Nachbarschaftspflege.

### Ein guter Tag beginnt mit...?

... der freudigen Erkenntnis, dass er überhaupt für mich beginnt (schließlich bin ich schon 92), und einem dankbaren Vaterunser.

### Als Kind wollten Sie sein wie...?

... meine Heldin aus dem gleichnamigen Kinderbuch „Tapfere kleine Renate“ von Max Dreyer, denn Renate hat in schwierigen Zeiten immer besonnen und erfolgreich gehandelt. Ihr Mut und ihre Zuversicht haben mir imponiert.

### Wann kamen Sie das erste Mal mit der Politik in Berührung?

Meine Eltern führten zur NS-Zeit nur sehr vorsichtige Gespräche über Politik und versuchten, mich im demokratischen Geist zu erziehen, was durchaus nicht risikolos war. Im Studium habe ich mich früh der liberalen Hochschulgruppe angeschlossen und den dort stattfindenden Austausch mit Gleichgesinnten sehr genossen. Der „liberale Seniorenbund“ für Exmatrikulierte war und ist für mich eine geistige Heimat, die jährlichen Pfingsttreffen sind für mich Glanzpunkte in meinem Alltag. Die goldene Beitrittsnadel der FDP zierte schon seit längerem mein Revers.

### Liberal bedeutet für Sie...?

... ein freies Leben in Selbstverwirklichung und respektvollem Umgang mit meinen Mitmenschen.

### Wenn Sie eine einzige Sache auf der Welt verändern könnten, was wäre das?

Ich würde für eine weltweite Versorgung mit Trink- und Agrarwasser sorgen, weil ich dies für eine Voraussetzung halte für das Ende von Hunger und (vielen) Konflikten.

### Mit welcher Persönlichkeit – lebendig oder tot – würden Sie gern einmal zu Abend essen?

Torsten Sträter ist mein Wunschkandidat, weil er humorvoll-kritisch seine Meinung vertritt und das auch noch mit viel Sprachwitz.

### Schenken Sie uns eine Lebensweisheit?

Tu es oder lass es – in zehn Jahren wirst du es bereuen!

### Ein Wort zum VLA:

Für mich ist der VLA ein wichtiger, gut vernetzter Freundschaftsbund, in dem ich mich politisch beheimatet fühle. Hier kann ich kontrovers diskutieren, ohne Ausgrenzung zu erfahren, neue Impulse erhalten und lieb gewonnene Bekanntschaften pflegen.

Anmerkungen:

[1] Vgl. beispielsweise Horst Köpke / Friedrich-Franz Wiese: Mein Vaterland ist die Freiheit. Das Schicksal des Studenten Arno Esch. Rostock 1990

[2] Als jüngere Untersuchung zur Frühzeit der Partei sei auf Michael C. Bienert: Zwischen Opposition und Blockpolitik. Die „bürgerlichen“ Parteien und die SED in den Landtagen von Brandenburg und Thüringen (1946-1952). Düsseldorf 2016 sowie als Überblick auf Siegfried Suckut: Die Blockparteien und Blockpolitik in der SBZ/DDR 1945-1990. Leipzig 2018 verwiesen.

[3] Vgl. Jürgen C. Heß: Fehlstart. Theodor Heuss und die Demokratische Partei Deutschlands 1947/48. In: Jahrbuch zur Liberalismusforschung 9 (1997), 83-122.



# EIN PAAR FRAGEN AN MIRIAM FEHN



## Was macht eigentlich Miriam Fehn?

Ich bin 25 und studiere Informatik an der TU München. Seit 2018 bin ich bei den Jungen Liberalen (JuLis) aktiv und war schon im Münchner Stadtvorstand und im bayrischen Landesvorstand engagiert. Seit Oktober 2021 bin ich Vorsitzende der Liberalen Hochschulgruppe (LHG) München. Neben meinem Studium und meinem politischen Engagement liebe ich Musik, sowohl Hören (insbesondere auf Konzerten und Festivals), als auch Musizieren. Außerdem trainiere ich Karate und lese oft Gedichte.

## Ein guter Tag beginnt mit...?

... meiner Morgen-Routine! Dazu gehört unter anderem: Meinen Tag planen, etwas Bewegung, Meditieren und mein 6-Minuten-Tagebuch ausfüllen.

## Als Kind wollten Sie sein wie...?

... Mulan aus dem gleichnamigen Disney-Zeichentrickfilm von 1998.

## Wann kamen Sie das erste Mal mit der Politik in Berührung?

Ich war schon früh politisch interessiert. Die Wahl Trumps 2016 in den USA und die Bundestagswahl 2017 gab den Impuls, mich noch aktiver mit Politik auseinanderzusetzen und mit Freunden zu diskutieren. Ein guter Freund von mir, mit dem ich damals viel politisch diskutiert habe, war damals bereits Mitglied bei den JuLis München und nahm mich zu meinem ersten Stammtisch mit. Danach bin ich relativ schnell Mitglied geworden und seit Januar 2018 in der liberalen Bubble unterwegs und engagiert.

## Liberal bedeutet für Sie...?

„Leben und leben lassen!“

„Die Freiheit des einen hört da auf, wo die Freiheit des anderen beginnt!“ „Liberal“ steht für mich für eine tolerante, offene Gesellschaft und Welt, in der jeder/jede sich frei entfalten und leben kann, wie er/sie möchte.

## Wenn Sie eine einzige Sache auf der Welt verändern könnten, was wäre das?

Ich würde gerne sämtliche Vorurteile auf dieser Welt abschaffen und mir wünschen, dass jeder Mensch nach dem Motto: „Was Du nicht willst, das man Dir tut, das füg' auch keinem anderen zu!“ lebt und jeder und jede das in seinem/ihrer Umgang mit den Mitmenschen beachtet.

## Mit welcher Persönlichkeit – lebendig oder tot – würden Sie gern einmal zu Abend essen?

Astrid Lindgren.

## Schenken Sie uns eine Lebensweisheit?

„You cannot swim for new horizons until you have courage to lose sight of the shore.“ *William Faulkner*

## Ein Wort zum VLA:

Ich bin dem VLA sehr dankbar für seine Unterstützung, sowohl finanziell als auch auf personeller Ebene. Das hat mir und uns beim Comeback der LHG München wahnsinnig geholfen und ohne die Hilfe des VLA wäre das wahrscheinlich so nicht möglich gewesen. Der VLA ist ein vielfältiges, breites Netzwerk verschiedenster Persönlichkeiten und ich bin froh Teil davon sein zu dürfen und freue mich darüber, dass ich mich bei der LHG und beim VLA mit meinem Wissen und Können einbringen kann.

## IMPRESSUM

10. Jahrgang\*, Heft 14  
www.liberale-perspektiven.de  
Auflage 750  
VLA – Verband liberaler Akademiker  
– Seniorenverband  
liberaler Studenten e.V.  
Reinhardtstr. 14, 10117 Berlin  
\*nach Neukonzeption und –gestaltung

## HERAUSGEBER

VLA – Verband liberaler Akademiker  
– Seniorenverband  
liberaler Studenten e.V.  
Alexander Bagus (Präses)  
bagus@liberale-akademiker.de

## REDAKTION

Dr. Ann Sophie Löhde  
loehde@liberale-akademiker.de  
Simon Schütz

## AUTOREN DIESER AUSGABE

Alexander Bagus  
Johannes Brill  
Celine Eberhardt  
Dr. phil. Jürgen Frölich  
Ewald Grothe  
Sophia Kissling  
Alexander Kobuss  
Benjamin Kurtz  
Dr. Ann Sophie Löhde  
Calvin Löw  
Anna Neumann  
Alina Piddubna  
Clemens Schneider  
Simon Schütz

## BILDNACHWEISE

Alexander Bagus, Johannes Brill, Celine Eberhardt, Miriam Fehn, Dr. phil. Jürgen Frölich, Ewald Grothe, Sophia Kissling, Alexander Kobuss, Benjamin Kurtz, Dr. Ann Sophie Löhde, Calvin Löw, Anna Neumann, Helene Olbertz-Schopp, Alina Piddubna, Clemens Schneider, Simon Schütz  
Titelbild Abhishek Koli | Unsplash, S.5 George Bakos | Unsplash, S.8 Sinitta Leunen | Unsplash, S.9 Bettina Sollinger | Privat, S.11 Liselotte Funcke | Wikipedia, S.13 Trey Musk | Unsplash, S.14 Kim de l'Horizon | FAZ Online „Kann das heilen?“ von Elena Witzeck (23.10.2022), S.21 Samuel Branch | Unsplash, S.24 Javier Allegue Barros | Unsplash, S.26 Philipp Katzenberger | Unsplash, S.32 James Hose Jr | Unsplash, Arno Esch | „Neues Buch über Arno Esch“, www.politik-mv.de

## KORREKTORAT

Alexander Bagus  
Johannes Brill

## DRUCK

sourc-e GmbH  
Widdersdorfer Str. 217, 50825 Köln

## LAYOUT

Emilia Schmidt, Art Direction & Graphic Design  
Knaackstraße 5, 10405 Berlin

## VLA

Gegründet 1955 in Bonn,  
Registergericht: Amtsgericht  
Berlin (Charlottenburg) VR 23444 B  
Steuernummer: 27/680/58186  
ISSN 2193-7133

Für die Richtigkeit der Texte kann der Herausgeber keine Gewähr übernehmen. Alle Berichte und Beiträge sind nach bestem Wissen und Gewissen der jeweiligen Autoren zusammengestellt. Namentlich gekennzeichnete Beiträge spiegeln nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wider.

# ANTRAG AUF MITGLIEDSCHAFT

**VERBAND  
LIBERALER  
AKADEMIKER**

Hiermit erkläre ich meinen Beitritt zum Verband liberaler Akademiker, Seniorenverband liberaler Studenten e.V. (VLA). Von der Satzung habe ich Kenntnis genommen.

Den Mitgliedsbeitrag setze ich auf jährlich \_\_\_\_\_ € fest.

Mindestjahresbeitrag: 75 € | Studierende 20 € (in den ersten drei Mitgliedsjahren)

\_\_\_\_\_  
*Name, Vorname*

\_\_\_\_\_  
*Straße und Hausnr.*

\_\_\_\_\_  
*PLZ*

\_\_\_\_\_  
*Wohnort*

\_\_\_\_\_  
*E-mail-Adresse*

\_\_\_\_\_  
*Geburtsdatum*

\_\_\_\_\_  
*Telefon*

\_\_\_\_\_  
*Beruf/Wissengebiete*

Meine Daten sind für die LHG verfügbar\* [  ] Ja [  ] Nein

\*freiwillige Angabe

Ich bin mit der Erhebung, Speicherung und Nutzung der vorstehenden personenbezogenen Daten sowie der besonderen Daten (§ 3 Abs. 9 BDSG) einverstanden. Meine Daten werden nur für die Zwecke der Arbeit des VLA erhoben, gespeichert und genutzt. Die E-Mail-Adresse kann für den Versand von Einladungen zu satzungsgemäßen Versammlungen genutzt werden und der Versand auf elektronischem Wege steht in diesem Fall dem Postweg gleich. Ich bin damit einverstanden, dass meine Daten VLA für die Übersendung von Einladungen und Informationsmaterial per Post und E-Mail nutzt. Dieses Einverständnis kann jederzeit mit Wirkung für die Zukunft widerrufen werden.

\_\_\_\_\_  
*Ort, Datum*

\_\_\_\_\_  
*Unterschrift*

## Erteilung eines SEPA-Lastschriftmandats für meine Mitgliedsbeiträge

Gläubiger-Identifikationsnummer DE49VLA00000027411 Mandatsreferenz: wird separat mitgeteilt Ich ermächtige den VLA, Zahlungen von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die vom VLA auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen. Innerhalb von acht Wochen ist es mir möglich, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

\_\_\_\_\_  
*Kontoinhaber\_in*

\_\_\_\_\_  
*Kreditinstitut*

\_\_\_\_\_  
*IBAN*

\_\_\_\_\_  
*BIC*

\_\_\_\_\_  
*Ort, Datum*

\_\_\_\_\_  
*Unterschrift*



